

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 237 — 2. Jahrgang Saarbrücken, Freitag, den 12. Oktober 1934 Chefredakteur: M. Braun

Die braune Presse an der Saar verlangt das Verbot der „Deutschen Freiheit“ Seite 3

Steigende Kriegsbereitschaft

Das gewaltige Tempo der deutschen Rüstungen

Vor einigen Tagen ist in ausländischen Zeitungen besprochen worden, die Reichswehr dränge den deutschen Reichsminister, öffentlich zu erklären, daß sich das Deutsche Reich an die Rüstungsartikel des Vertrages von Versailles nicht mehr gebunden halte. Ein Dementi ist unseres Wissens nicht erfolgt. Ob nun die ausländischen Meldungen tatsächlich auf irgendwelche interne Ermahnungen in Berlin zurückzuführen oder nicht, jedenfalls gibt sich das „dritte Reich“ keine Mühe mehr, seine Aufrüstung zu verbergen. Was noch vor einigen Monaten „Landesverrat“ war, nämlich auf das „Geheimnis“ der gewaltigen Militärpolitik des „dritten Reiches“ hinzuweisen, ist nun aus vielen offiziellen Äußerungen des Reiches abzulesen. Unser Mitarbeiter Jan Severin behandelt nachstehend, ein besonders eindrucksvolles Gebiet der deutschen Rüstung:

Das „dritte Reich“ hat soeben — allerdings unter dem Namen der Allgemeinen Arbeitsdienstpflicht — die allgemeine Wehrpflicht ganz nach dem Muster der Vorkriegszeit wieder eingeführt. Man hat damit der Außenwelt deutlich gezeigt, daß man nicht mehr bemüht ist, die Aufrüstung Deutschlands in Abrede zu stellen. Auch auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Vorbereitung des Krieges scheint man keinen großen Wert mehr darauf zu legen, die vorhandenen Tatsachen zu verschleiern, wie man es noch bis vor kurzer Zeit getan hat. So geben die offiziellen deutschen Statistiken jetzt offen zu, daß sich beispielsweise der Kupferverbrauch in der Zeit vom ersten Halbjahr 1932 bis zum ersten Halbjahr 1934 im Monatsdurchschnitt nicht nur von 15 000 Tonnen auf 30 100 Tonnen erhöht, also nahezu verdoppelt hat, sondern daß fast die gesamte enorme Verbrauchszunahme am Inlandmarkt erfolgt ist.

Der Exportanteil des Kupferverbrauchs hat sich nämlich in dieser Zeit von 54 Prozent auf 24 Prozent verringert und der Anteil des Inlandsverbrauchs entsprechend von 46 auf 76 Prozent erhöht.

Überall zeigt sich in der deutschen Metallwirtschaft das gleiche Bild und zumeist noch weit deutlicher, als beim Kupfer: Die Verbrauchsmengen haben eine enorme Steigerung, oft mehr als eine Verdoppelung erfahren und der Anteil des Inlandes am Gesamtverbrauch hat sich bei allen Metallen auf Kosten des rückgängigen Auslandsanteils gleichzeitig stark erhöht. Die erste dieser beiden Tatsachen konnte bisher in der deutschen Statistik nicht ganz veranschwiegen werden. Jetzt gibt man aber auch die zweite ganz offen zu.

So hat sich beispielsweise der Anteil des Auslandsabzuges an dem weit mehr als verdoppelten Aluminiumverbrauch von 56 Prozent auf 21 Prozent zu Gunsten des Inlandsanteils vermindert. Bei Zink stellte sich der Exportanteil in der angegebenen Periode von 34 auf 17 Prozent und bei Nickel sogar von 25 auf 11 Prozent. Der Inlandsverbrauch an Zink in Deutschland ist inzwischen auf einem Niveau angelangt, das nur noch in den Weltkriegsjahren verzeichnet werden konnte.

Was hier von den Metallen gesagt wurde, gilt mit den notwendigen Unterschieden auch von allen übrigen Rüstungsrohstoffen. Heute bereits veranschlagt erhalte Militärflugzeuge den deutschen Bestand an kriegsbrauchbaren Flugzeugen auf 5000 bis 6000. Durch die neue Militärdienstpflicht werden alljährlich — das ist die untere Grenze der Schätzungen — eine halbe Million „Arbeitsdienstpflichtiger“ zur Ausbildung im Waffenhandwerk erzogen.

„Allgemeine gleiche Dienstpflicht“ Sie wird kommen

Bei einem großen Aufmarsch des NS-Arbeitsdienstes in Hamburg hat der Reichsarbeitsführer hier vor der Hamburger Jugend laut der „Berliner Börsen-Zeitung“ (Nr. 472) u. a. ausgeführt:

Die allgemeine, gleiche Arbeitsdienstpflicht wird einst als etwas so Selbstverständliches betrachtet werden wie heute die allgemeine Schulpflicht und sie wird eine ebenso große Kulturart darstellen wie die allgemeine Schulpflicht. Die gesetzliche Einführung der allgemeinen, gleichen Dienstpflicht wird kommen! Den näheren Zeitpunkt bestimmt allein der Wille des Führers. Wer ein ganzer Kerl ist, der wartet aber nicht erst, bis ihn das hässliche Geleit ruft, sondern folgt dem stillen Geleit in seiner eigenen Brust und stellt sich freiwillig zur Erfüllung dieser Pflicht!

Der Spaten wird in dieser Arbeitsdienstpflicht gehandhabt wie das Gewehr. Disziplin, Ausbildung und Geist sind rein militärisch. Es sind die Massen der Infanterie, die soldatisch vorgebildet werden, um nötigenfalls rasch auch die technische Ausbildung des Infanteristen durchlaufen zu können, und auch im Zukunftskriege behalten die Massen des körperlich trainierten Fußvolks ihre große Bedeutung.

Offenherzigkeit Landesverteidigung verlangt Offensivpolitik

Berlin, 11. Okt. (Aupress). Im Rahmen eines Schulungskurses für die nationalsozialistische Parteipresse hielt der Stabsleiter des Wehrpolitischen Amtes der NSDAP, Oberst Hoffmann, einen Vortrag über das Thema „NS-Prese und Wehrpolitik“. Nachdem der Vortragende die Presse aufgefordert hatte, doch mehr Interesse für wehrpolitische Fragen an den Tag zu legen und nachdem die außenpolitische Lage kurz skizziert wurde, erklärte er u. a.: „Unter Landesverteidigung ist auch Offensivpolitik mit feindlichen Mitteln zu verstehen, die Schaffung des notwendigen Lebensraumes.“ — „Man muß heute Kriegspropaganda treiben, und um wirklich gute psychologische Arbeit zu leisten, sich des Prinzips der dauernden Wiederholungen bedienen.“ Den Höhepunkt erreichte die Schulungsrede mit der sozialen Aufforderung des Herrn Oberst an die Redakteure: „Nacht mehr Kinder!“

Der politische Doppelmord von Marseille. Vermutungen über die politischen Hintergründe

A. Ph. Paris, 11. Oktober (Von unserem Korrespondenten.)

Über die Person des Mörders werden in der französischen Presse alle nur möglichen Mitteilungen gemacht. Der Vater erzählt, daß der Pate, den er bei sich geführt hatte, nicht echt ist. Nun sucht man zu erkunden, wo und welche Spuren der Mörder hinterlassen hat, bevor ihn der verbängnisvolle Weg nach Marseille führte.

Und man wiederholt die Frage, die in einem Pariser Blatt in die alte lateinische Formel gekleidet ist: „Qui prodest?“ — Wer hat den Nutzen von diesen Mordtaten? Man ist noch auf Vermutungen angewiesen, aber diese Vermutungen stützen einer dem anderen zu; denn man will nicht glauben, daß der Mörder auch der intellektuelle Urheber des politischen Doppelmordes ist.

„Paris Midy“ weist darauf hin, daß im Jahre 1934 die politischen Attentate in einem tropischen Rhythmus einander folgen. Vor einigen Monaten erst sei in Rumänien Duce ermordet worden, vor einigen Wochen in Wien Dollfuß und jetzt in Marseille König Alexander und Konstantin Borshou. Da müsse man fragen, ob nicht irgend eine geheime Verbindung

zwischen den verschiedenen Urgründen dieser tragischen Reihe bestehe.

Das Attentat von Marseille habe seinen letzten Ursprung in Wien. Warum sei denn König Alexander nach Frankreich gekommen? In erster Reihe habe er sich mit Parisien über die österreichische Frage unterhalten wollen. Diese Frage sei seit einiger Zeit zu einem Gegenstand der Unversöhnlichkeit zwischen Italien und Deutschland geworden.

Nach der Zusammenkunft von Hitler und Mussolini habe die Ermordung von Dollfuß beide entfremdet. Parisien habe sofort die Gelegenheit ergriffen, um eine Annäherungspolitik mit Rom in die Wege zu leiten. Aber Deutschland, das seine Augen überall habe, habe im gleichen Augenblick sich um eine Politik der Annäherung an Jugoslawien bemüht. Denn die Jugoslawen seien natürlich Deutsch- und feindlich gesinnt gewesen, solange Deutschland und Italien Schulter an Schulter marschierten. Doch diese Feindschaft habe an dem Tage nachgelassen, wo das Einverständnis zwischen Italien und Deutschland anzuhören begonnen habe.

(Fortsetzung siehe nächste Seite)

Der braune Stiefel Glanz und Elend deutscher Wissenschaft

Es ist nötig, zuerst von den Tatsachen zu berichten. In Berlin gab es vor kurzem eine „Arbeitstagung“ des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, und des Nationalsozialistischen Bundes deutscher Juristen mit den deutschen Hochschullehrern der Volks- und Betriebswirtschaftslehre. Die Einladung zu dieser Tagung hatte einen sehr kategorischen Ton. Die Herren wurden gebeten, zu dieser Tagung zu erscheinen, wenn sie nicht in Verdacht widerpenstiger Absonderung gegenüber dem „dritten Reich“ geraten wollten. Und so kamen sie alle. Neben den Koryphäen der totalen Jurisprudenz unter Führung von Karl Schmitt sah man greife Häupter mit vieljähriger Lebensarbeit und die junge Strebergarnitur des braunen Korrieretempos. Man sah den alten Agrartheoretiker Sering, den nationalökonomischen Reutöner Sombart, auch ein paar Philosophen unter Heideggers Führung, alles wissenschaftliche Zivill, umrahmt von Uniformen und Ligen.

Nachdem die Anwesenheitsliste verlesen war, hielt der Reichsjustizkommissar und bayrische Staatsminister Dr. Frank eine Rede.

Wir haben in diesen anderthalb Jahren der Hitlerherrschaft viel an Demütigung und Selbsterniedrigung des deutschen Geistes erlebt. Was aber hier geschah, verdient eine Heraushebung aus der Fülle der deutschen Schande. Dieser knapp dreißigjährige Frank durfte es wagen, den deutschen Gelehrten ein wissenschaftliches Exzerptreglement vorzulegen, in einem smarten und herausfordernden Tone, Feldwebel vor Rekruten, mit Sergeantenhäupten lockend und mit Arrest drohend.

Frank stellte als Hauptthese auf — die volle Geistes- und Lehrfreiheit. Allerdings nur auf dem Boden des Nationalsozialismus! Damit war also die Selbstständigkeit der Wissenschaft und ihr freies Forschungsbereich wieder ausgelöscht. Wissenschaft im „dritten Reich“ ist Wissenschaft im Dienste einer politischen Idee, deren Thesen von Adolf Hitler und Alfred Rosenberg aufgestellt werden. „Wenn Sie hier verlagen, meine Herren, dann verlagst die deutsche Wissenschaft, und es wird schwer halten, eine weitere historische Möglichkeit für den deutschen Universitätsbetrieb zu schaffen.“ Diese Worte Franks belehrten die Anwesenden über den blutigen Ernst der Situation. Ist einer unter den Herren, der nicht pariert? Auf der Stirne des Herrn Frank erschienen einige Trostfalten. Wer vom Katheder die Einheit der Weltanschauungsbasis des Nationalsozialismus anzulasten wage, wer es wagen sollte, „aus schlechten Motiven“ gegen die Bewegung vorzugehen, „der wird mit uns einen Kampf Mann gegen Mann auszufechten haben.“

Dies dürfte ein etwas ungleicher Kampf werden. Die große Waise gegen einen einzelnen, für den kein Herr Kollege solidarisch aufstehen würde; es hat keiner der Anwesenden gegen diese freche Drohung eines Prätorianerführers ausgemacht. Der deutsche Geist verkröcht sich in die Hosentaschen und in einige geballte Fäuste. Aber man muß sich fragen, was diese Tagung überhaupt für einen Sinn hatte. Wir wissen es von verschiedenen Universitäten. Eine Anzahl deutscher Hochschullehrer hatte es in jüngster Zeit gewagt, die harte Mauer ein wenig zu lockern. Des geheimen Einverständnisses vieler Studenten gewiß, magten es einige, den Hitlergruß lässiger zu handhaben, in ihren Kollegs hin und wieder eine vorsichtig dosierte eigene Meinung gegenüber den nationalsozialistischen Theorien zu vertreten und den sterbenden Schwan deutscher Geistesfreiheit an den Schwingen zu fassen. Viel mehr ist es bestimmt nicht gewesen, aber es genügte zu Signal und Denunziation. An mehreren Universitäten gab es erregte Auseinandersetzungen, und einige Professoren drohten mit dem Büttel.

Das ist die Vorgeschichte der Berliner Tagung. Darum hieß Dr. Frank eine förmliche Droh- und Strafpredigt. „Meine Herren“, so sagte er, „die deutsche Wissenschaft darf den Parteienkrieg nicht auf theoretischer Basis fortsetzen. Inhalt der theoretischen Arbeit kann niemals die leere Abstraktion und die Freude an der möglichst theoretisch gefassten Niederlegung Ihrer Erkenntnisse an sich sein, sondern immer nur die im nationalsozialistischen Sinne zu erfolgenden Förderung der Substanzwerte unseres Volkes. Es darf unter Ihnen“ — die Stimme des Herrn Dr. Frank wurde schärfer — „keine theoretischen Kriege mehr geben. Schließen Sie untereinander in Ihren Lehrmeinungen Frieden. Der übliche Professorenneid muß im nationalsozialistischen Deutschland abhlingen oder die Freundschaft zwischen uns und Ihnen wird gekündigt werden.“

(Fortsetzung Seite 2, Seite 3)

Der politische Doppelmord von Marseille

Fortsetzung von Seite 1

Berlin habe darum Belgrad wirtschaftliche Vorteile und Handelsvereinfachungen gewährt. Die deutschen Zeitungen hätten das jugoslawische Volk in allen Vorzügen gerühmt. Gerade am Mittwochmorgen habe die Berliner Presse noch diesen Versuch einer Annäherung gefeiert.

Barthou nun habe folgende Aufgabe lösen wollen: er habe Frankreichs neue italienische Politik mit seiner alten Politik gegenüber Jugoslawien und der Kleinen Entente in Einklang bringen wollen. Sein Ziel sei gewesen, gewissermaßen ein Dreieck Rom-Belgrad-Paris herzustellen, das „ine der Hauptgrundlagen der europäischen Sicherheit hätte sein können“.

Mit Alexander I. und Barthou sei dieser Versuch der Annäherung unter den Schüssen des Mörders gefallen. Die Menschen, so schlecht „Paris-Midi“ fallen, die Neuen bleiben. In Belgrad und in Paris werden andere Staatsmänner versuchen, die Fäden der so tragisch unterbrochenen Verhandlungen wieder aufzuwickeln.

In demselben Sinne schreibt in dem gleichen Blatt Henry Berenger, der Vorsitzende der Auswärtigen Kommission des Senats, der erklärt, Jugoslawien und Frankreich werden das Programm ausführen, das ihre Toten ausgearbeitet hätten. Das sei die einzige Ehre, die ihrer würdig sei, die einzige Siegespatrone, die ihre Gräber schmücken könne.

Jean Fabry, der ehemalige Kriegsminister, meint im „Intransigent“ nach den Wiener Erklärungen, vor den Schwierigkeiten, die die Saarfrage in sich birgt, sei der Verlust zweier Menschen schwer, die so reiche Erfahrungen

gehabt hätten und einen so offenen Sinn für das, was Europa nottue.

In einem Leitartikel, der dem Attentat gewidmet ist, schreibt

der „Tempo“,
der dem Quai d'Orsay besonders nahesteht, folgendes:

Man möge sich über eins nicht täuschen. Das Attentat, das gestern in Marseille ausgeführt wurde, kann tiefgehendste politische Rückwirkungen haben. Es werden die ganze Wachsamkeit und der gute Wille der Regierungen erforderlich sein, um die Eventualitäten zu vermeiden, die als direkte und indirekte Folgen des tragischen Endes des Königs Alexander und Louisa Barthou entstehen könnten.

Am Schluss des Leitartikels erklärt der „Tempo“: „Die Politik Parahous, das ist die Politik der Regierung der Republik in ihrer Gesamtheit, das ist die Politik Frankreichs. Diese Politik wird mit der gleichen Klarheit und der gleichen Festigkeit fortgesetzt, wie sie der verstorbenen Außenminister geführt hat. Insbesondere in dieser Stunde, wo das Attentat von Marseille die Geister und Herzen in Unruhe versetzt und die im Ganzen beständigen Verhandlungen umgeworfen hat, ist es notwendig, daß die französische Politik sich in ihrer ganzen Stärke offenbart, die der Friedenswille einer großen Nation erfordert, die niemals ihre Pflicht gegenüber sich selbst und gegenüber den anderen vernachlässigt hat. Das wird die höchste und beste Ehrung für den großen Franzosen sein, der bei Erfüllung seiner Pflicht gefallen ist.“

Die Weltmeinung über das Verbrechen

London, 11. Oktober.

Die Nachricht von der Marceller Tragödie wurde hier mit Ungeheurer und schmerzlicher Erregung empfangen. Diese Trauer und Bestürzung erweckte sie in den politischen Kreisen. Die „Times“ spricht von dem Schrecken, den das Doppelmordverbrechen dem Kulturgewissen Europas einzuschleift. König Alexander habe seine letzte, so tragisch geendete Reise zu dem Zweck unternommen, um mit seinen französischen Verbündeten die Bedingungen einer Besserung der Beziehungen zwischen Jugoslawien und Italien zu besprechen. Das sollte die Einleitung für die französisch-italienische Verständigung sein, von der so viel abhängt. Man könne verschiedene Meinungen darüber sein, ob der von Barthou eingeschlagene Weg wirklich der beste zur Befriedung Europas sei und im Interesse Frankreichs liege, aber man fühle sich mit Frankreich aufs Engste verbunden, bei dem Gedanken, daß die europäische Diplomatie in so grausamer Weise Barthou in dem Augenblicke entbehrte, wo er sich bemüht habe, die Schwierigkeiten zu beseitigen, die seit langem zwischen seinem Lande und Italien beständen.

Keinlich ähneln sich die anderen englischen Blätter.

Genf, 11. Oktober.

In Völkerbundskreisen, die König Alexander und Barthou ganz besonders schätzten, herrscht tiefe Bestürzung. Ihr Verlust wird von allen Friedensfreunden aufrichtig beklauert.

Wien, 11. Oktober.

Der Eindruck von den Meldungen aus Marseille war hier ungemessen. Die gesamte Presse schreibt, die Tschechoslowaken hätten ihre besten Freunde verloren. Die Kleine Entente sei in Trauer versetzt und Europa müsse in diesen kritischen Stunden den gewaltigen Verlust zweier großer Staatsmänner beklagen, die nur den Frieden hätten sichern wollen.

Der braune Stiel

Fortsetzung von Seite 1.

Es ist schwer, die Dienststellung der deutschen Wissenschaft klarer zu umreißen. Im Grunde hat sie ihren Betrieb eingestellt. Das Ende des Theorienstreites — das bedeutet das Ende jeder geistigen Auseinandersetzung, das Ende des Ringens um Erkenntnis außerhalb des politischen Zwangs. Im Theorienstreit ist die deutsche Forschung groß geworden, in ihm haben sich die Köpfe gequält, um der Wahrheit willen. Aus der Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft und aus derjenigen der volkswirtschaftlichen Lehmeinungen wissen wir um die schöpferische Kraft des „Professoreneides“. Ohne ihn wäre die deutsche Universalität in der letzten Geborgenheit absoluter Wahrheiten versunken und hätte sich in blohem Verbetriebe vergraben. Dabei soll nicht gesagt sein, daß in der alten Universalität alles in bester Ordnung war: hier gab es immer Streber mit Begehungen und glücklichen Heiraten, Schablonenlehrer und Wiederholer jahrzehntelanger Kolleghefte. Aber dort, wo rege Geister aufeinanderprallten und sich um Theorien stritten, da wurde immer wieder der ermattende Boden deutscher Wissenschaft erneuert und erfrischt.

Das ist nun vorbei. Jetzt herrscht die blanke Oede, nicht nur der kommandierten politischen Bestimmung, sondern auch der reinen Zweckwissenschaft. Das Denken und seine Resultate dürfen künftig nur eine Erkenntnisquelle und nur ein Ziel haben: Dienst am „dritten Reich“. Heute mit dem Tornister, morgen auf dem Ratheder. Und es gibt in der weiten Runde kaum einen Hochschullehrer, der seine Anechtung anders abreagiert, als durch leisen Spott oder durch ungefährliches Zähneknirschen.

Sie haben sich alles nehmen lassen. Sie duldeten, daß man ihnen die Gelehrtenrepublik ihrer Fakultäten nahm, mit selbständigem Vorschlagsrecht bei Neubefetzung von Lehrstühlen beim Minister. Sie haben sich damit abgefunden, daß im Senat der vom braunen Minister ernannten Rektor ihr „Führer“ ist, gegen dessen Entscheidungen sie kein Einspruchsrecht besitzen. Aber das ist noch nicht das Schlimmste. Diese durch die Zweifelsucht echter Forschung gegangenen Gelehrten danken noch festlich und feierlich dafür, daß ihnen Adolf Hitler den Boden der Wissenschaft befruchtet hat, wie es in wiederholten Beschlüssen deutscher Hochschullehrer geschah. Sie danken der Rute, die sie züchtete, und nun gehen sie folgsam an die Arbeit, den freien Raum des Geistes mit brauner Tapete auszustatten.

Warum sie Schwiegen, als ihnen Herr Dr. Frank den Kampf „Mann gegen Mann“ ankündigte, wenn sie nicht parierten, weiß man jetzt. Es war nur das Siegel unter die längst erfolgte Kapitulation.

Wien, 11. Oktober.

In der österreichischen Bundeshauptstadt hat die Schreckensnachricht außerordentliche Bestürzung hervorgerufen. Die österreichische Bevölkerung, in der die Erinnerung an den Tod von Dollfus noch frisch ist, der selbst kurz vor seiner geplanten Zusammenkunft mit Mussolini ermordet wurde, hat die Trauerkunde mit ganz besonderer Bewegung aufgenommen.

Rom, 11. Oktober.

Als in Rom die ersten Nachrichten aus Marseille eintrafen, herrschte dort unbeschreibliche Aufregung. Man wollte zuvörderst die gegen sechs Uhr abends verbreiteten Meldungen gar nicht glauben. Welches auch immer die Empfindungen Italiens gegenüber Jugoslawien sein mögen — jeder einzelne Italiener beklagt aufrichtig und tief das fürchterliche

Das Geheimnis um den Täter

Der Paß des Täters gefälscht — Zwei Mittäter entkommen — Nicht die Tat eines Fanatikers, sondern ein wohl vorbereitetes politisches Attentat mit dunklen Hintergründen

Bei dem Mörder des Königs Alexander ist ein angeblich vom tschechoslowakischen Konsulat in Zagreb ausgestellter Paß auf den Namen Peter Kalemien gefunden worden. Nach diesem Paß sollte der Mörder ein in Zagreb geborener und dort wohnhafter tschechoslowakischer Bürger sein. Im Laufe des gestrigen Tages wurde festgestellt, daß dieser Paß gefälscht ist. Das tschechoslowakische Generalkonsulat in Zagreb hat niemals einen Paß auf einen solchen Namen ausgestellt. Die Persönlichkeit des Mörders bleibt also vorläufig unbekannt. Es entsteht der Verdacht, daß die Hinweise auf die kroatische Herkunft absichtlich geschaffen wurden, um eine Aktion der kroatischen Nationalisten vorzuläuschen und von den anderen Spuren abzulenken. Ein Hotelbesitzer aus Aix-en-Provence hat den Mörder nach den in der Presse veröffentlichten Schildern als seinen Gast wiedererkannt. Der Mörder war in seinem Hotel am Sonntagabend abgestiegen und hatte seine Eintragung in das Fremdenbuch immer wieder aufgeschoben. Seine zwei Begleiter haben sich als Eugen Kramer, kroatischer Nationalist und als Sulvester Chalm, tschechoslowakischer Staatsangehöriger, eingetragen. Die beiden sind verschwunden. Das Attentat war also keine Tat eines einzelnen Fanatikers, sondern ein organisiertes Unternehmen, dessen Durchführung ohne Unterstützung starker Mächte unmöglich gewesen wäre.

„Visitenkarte“

Die Verbrecher haben darauf geachtet, daß nach dem Attentat ein ganz bestimmter Eindruck über ihre Urheber eintreten mußte. Der Mörder hat eine Art Visitenkarte mitgenommen. Das scheint überhaupt eine Methode bei den modernen politischen Verbrechern zu sein. Von der Lubbe lief halbnaht im Reichstag herum, und trotzdem fand man bei ihm auch eine Art Visitenkarte, auf Grund deren er angeblich als Kommunist identifiziert werden konnte. Der Mörder von Marseille hat einen Paß gefälscht, aus dem man sofort herauslesen sollte, daß er ein Kroat sei. Damit wäre eine nabeliegende Aufklärung des Attentats gegeben: Ein fanatischer Anhänger der kroatischen Unabhängigkeit ermordete den König, den er für den Feind seines Volkes hält. Dieser Umstand, daß der Mörder ein tschechoslowakischer Staatsangehöriger sein soll, erschien aber sofort als höchst verdächtig. Es lag zu nahe anzunehmen, daß der Mörder den tschechoslowakischen Paß brauchte, um sich die Einreise nach Frankreich zu erleichtern.

Bei der Untersuchung der Leiche des Mörders hat man eine eigenartige Tätowierung festgestellt, und zwar einen Totenkopf mit den Buchstaben V. M. R. O. Diese Buchstaben sind die Initialen der sogenannten „Internen macedonischen revolutionären Organisation“. Diese Tätowierung gibt also eine ganz andere Spur als der Paß des Mörders. Es ist schon festgestellt worden, daß der Paß eine Fälschung ist. Es wäre sehr sehr wichtig feststellen zu können, ob die Tätowierung älteren Datums oder erst in der letzten Zeit gemacht worden ist. Im letzteren Falle wäre wiederum eine bewußte Tarnung zu vermuten.

Sehr wesentlich sind die Auslagen des Hotelbesizers aus Aix-en-Provence. Aus ihnen ergibt sich ersichtlich, daß an der Durchführung des Attentats mindestens drei Personen beteiligt waren. Einer der Begleiter des Mörders hat sich als Eugen Kramer, 24 Jahre alt, geboren in Nîmes, kroatischer Nationalität, eingetragen. Das Wort Nationalität bezieht sich auf die Staatsangehörigkeit. Eine kroatische Staatsangehörigkeit gibt es nicht. Die Kroaten sind Südslawen. War diese merkwürdige Eintragung die Folge von Unkenntnis der französischen Sprache oder war es Absicht, die kroatische Herkunft zu betonen? Der andere Begleiter soll, wie der angebliche Kalemien, ein tschechoslowakischer Bürger sein. Der Eindruck, daß für die Bewältigung der Spuren gründlich gesorgt wurde, ist sehr hart. Eine sehr wichtige Spur kann sich aus einem anderen Umstande ergeben. Der angebliche Kalemien fuhr mit seinem Paß von Jugoslawien über Desterreich und die Schweiz nach Frankreich. Der Paß enthält vier

Geldsche des jugoslawischen Königs. Tief erschüttert hat der Tod des französischen Außenministers, bereitete sich doch Rom schon vor, Barthou mit Sympathie und Begeisterung zu empfangen. Die gesamte Presse drückt nicht nur die Trauer Italiens über den Doppelmord aus, sondern stellt fest, daß es sich hierbei um eine Herausforderung der europäischen Zivilisation handele.

Berlin, 11. Oktober.

Die Zeitungen gaben in Sonderausgaben der Bevölkerung Kenntnis von dem blutigen Verbrechen, dem König Alexander und Barthou zum Opfer gefallen sind. Der „Börsenbeobachter“ rühmte den toten König als einen sicheren Bürgen des europäischen Friedens. Er betont, Barthous Standpunkt dem „dritten Reich“ gegenüber habe oft Anlaß zur Kritik gegeben, aber jetzt dürfe man sich mit solchen Gedanken nicht befassen. Angesichts eines solchen Verbrechens müsse man den Opfern Achtung bezeugen. Nicht anders äußern sich die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die „Berliner Börsen-Zeitung“, die „Germania“ und der „Lokalanzeiger“. Der letztere bemerkt dazu noch, so oft Barthou Gelegenheit gehabt habe, habe er sich gegen Deutschland gewandt. Aber jetzt angesichts des Todes müsse man alle Feindschaft vergessen. Das „Berliner Tageblatt“ rühmt Barthous Persönlichkeit als die eines großen Politikers, aber auch eines vornehmen Schriftstellers und bescheidenen Redners.

Noch Unruhe in Spanien

Der Streik dauert an

MADRID, 11. Okt. Nach einer Mitteilung des spanischen Innenministeriums stellt sich die Lage in Spanien zur Zeit wie folgt dar:

In Madrid und einigen Provinzstädten wird weiter gestreikt, aber die Ruhe ist nicht gestört. In San Sebastian waren einige weniger bedeutsame Zwischenfälle zu verzeichnen. In Asturien rücken die Regierungstruppen methodisch vor und drängen die Aufständischen allmählich zurück. Die noch zu erreichenden Ziele sind die Einnahme der Vorstädte von Oviedo und der Bergwerksgürtens von Nierres und Olonago. In Asturien haben die Aufständischen bei ihrem Rückzug ein Toten zurückgelassen. 300 Aufständische wurden gefangen genommen. Im übrigen Spanien herrscht Ruhe.

Das Standgericht in Barcelona hat sein erstes Urteil gefällt. Ein Major Bojch, der auf Seiten der Somaten stand, wurde zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt. Außerdem haben die Militärbehörden die Polizeistellen geschlossen, die die katalonische Regierung in San Sebastian gegründet hatte.

Nach einer am Donnerstag früh vorliegenden Spanische Meldung aus Madrid kam es trotz aller Vorsichtsmassnahmen nachmittags 2 Uhr wieder zu Schieberien zwischen Aufständischen und Polizei, vor allem in den Vorstädten von Madrid. Mehrere Personen sind verletzt worden. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Grenzvermerke. Von der jugoslawischen Grenzstelle in Maribor (Marburg) vom 26. 9., von der österreichischen Grenzstelle in Spielfeld vom 26. 9. und dann ein Schweizerischer und ein französischer Grenzvermerk, beide vom 28. September. Der Mörder hat sich also zwischen dem 26. und 28. September in Desterreich aufgehalten. Das scheint die Richtung zu sein, in der die Nachforschungen gehen müssen.

Ueber den letzten Stand der Untersuchung informiert nachfolgende Meldung:

Marseille, 10. Okt. Die Annahme, daß der Attentäter von Marseille einige Helfershelfer gehabt hat, scheint durch die Auslage eines Hotelbesizers aus Aix-en-Provence bestätigt zu werden, der am Mittwochvormittag folgende Auslagen machte: Drei Personen, darunter der Mörder des Königs Alexander, seien Sonntagabend in seinem Hotel abgestiegen. Der Attentäter, den der Hotelbesitzer nach den in der Presse verbreiteten Schildern genau wiedererkannte, habe die Eintragung in das Fremdenbuch immer wieder aufgeschoben. Seine Begleiter hätten sich als Eugen Kramer, 24 Jahre alt, geboren in Nîmes, kroatischer Nationalität, und als Sulvester Chalm, tschechoslowakischer Staatsangehöriger, von Bern Kaufmann, eingetragen. Beide hätten angegeben, daß sie nach Paris wollten. Kramer soll nach den Auslagen der Hotelwirtin als erster im Hotel eingetroffen sein, Chalm und Kalemien seien im Laufe der Nacht zum Montag nachgekommen und hätten sich als Brüder Kramer's ausgegeben. Kramer habe Montagmorgen das Hotel verlassen, während seine beiden Gefährten dort die Nacht zum Dienstag verbracht und sich Dienstagfrüh ein reichliches Frühstück geben ließen und überdies eine große Menge Alkohol zu sich nahmen. Der Attentäter soll Dienstagvormittag dann in der Hotelhalle die auflegenden Zeitungen mit den Vorberichten über die Ermordung des Königs Alexander sehr eingehend gelesen haben. Er und sein Kamerad hätten noch das Mittagessen im Hotel eingenommen und seien gegen 11 Uhr fortgegangen mit der Erklärung, sie würden zum Abendessen zurück sein. Um 12.30 Uhr sei er aber nur Chalm wieder im Hotel eingetroffen. Er habe seinen Kameraden entschuldigt, das Abendessen eingenommen, die Rechnung beglichen und sei dann verschwunden.

In Paris sind im Laufe des Vormittags in südslawischen Emigrantenkreisen viele Sondierungen vorgenommen worden, so u. a. bei dem früheren südslawischen Innenminister Brischewitsch, dem Kommandeur der Ehrenlegion lt. Man hat bei ihm eine Menge von Schriftstücken beschlagnahmt, die der Staatsanwaltschaft übergeben wurden. Ein besonderes Augenmerk hat die Polizei auf das sogenannte südslawische Komitee gerichtet, dessen Geschäftsräume durchsucht wurden, und dessen Mitglieder einem eingehenden Verhör unterzogen worden sind. Auch der südslawischen Gesellschaft hatte die Polizei einen Besuch ab. Sie sprach ferner bei Wladimir Raditsch, dem Sohne des bekannten kroatischen Abcarducten, der vor drei Jahren im südslawischen Parlament erschienen wurde, vor. Als die Polizei vor seiner Wohnung erschien, trübten dort zwei südslawische Staatsangehörige auf, die sofort festgenommen wurden, weil sie sich im Besitz von Schusswaffen befanden. Die polizeilichen Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen. Man dürfte erst im Laufe der kommenden Tage erfahren, ob die Nachforschungen in Pariser südslawischen Emigrantenkreisen wertvolle Anhaltspunkte ergeben haben.

Ungelöste Fragen

Der Pariser „Tempo“ teilt folgendes mit: Die Bekleidungsstücke des Mörders waren neu und kamen aus einem großen Pariser Kaufhaus. Der Name Kalemien sei nicht ein serbisch-kroatischer, sondern ein ungarischer Name. Der Vorname Petrus sei ebenfalls kein serbisch-kroatischer. Der Name Kalemien sei der Polizei in Koarab unbekannt. Dagegen hat aber die Polizei in Belgrad einen Radnarski Kalemien, der in Zagreb geboren ist, verhaftet. Dieser Radnarski wohnt schon seit längerer Zeit in Belgrad und man vermutet, daß es der Bruder des Mörders sei. Nach Lage der Dinge ist man in der französischen Polizei überzeugt, daß der Paß des Mörders gefälscht ist.

Handgreiflichkeiten und Verbote

Die gleichgeschaltete Presse des Saargebietes raht gegen uns, weil wir rein sachlich unter exakter Zusammenfassung der von faschistischen Nationalisten in diesem Jahre verübten politischen Attentate die Frage nach den Hintergründen dieser blutigen Taten von Norditalien, zu denen natürlich auch die 1200 Morde des 30. Juni gehören, aufgeworfen haben. Keines dieser Blätter wagt seinen Lesern unsere Rufe und unsere Bemerkungen voranzutreiben. Von einer Widerlegung ist keine Rede. Dafür ruft man nach Terror und Verbot.

Die „Saarbrücker Zeitung“ tobte:

„Wir sind gezwungen, der Regierungskommission zu sagen, daß durch die Behauptungen der marxistischen Presse die Bevölkerung in eine Erregung verwickelt worden ist, die wir bisher trotz allem, was wir über uns ergehen lassen mußten, noch nicht feststellen konnten. Nur der Diskurs der Bevölkerung ist es zu danken, daß diese Erregung nicht schon gestern in Saarbrücken sich entladen hat. Wir machen die Regierungskommission darauf aufmerksam, daß die Bevölkerung des Saargebietes endlich ein Gleichgewicht von ihr erwartet. Das Maß ist voll! Die deutsche Bevölkerung des Saargebietes hat ein Recht darauf, gegen solche Gemeinheiten gehandelt zu werden. Was erlaubt dem eigentlich die Regierungskommission und jammert sie können, bis der berühmte Paragraph zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit bewahrt werden muß?“

Ebenso sehr regt sich die früher katholische „Landes-Zeitung“ auf. Nicht etwa über das unsittliche Organ der „deutschen Front“, das „Saarbrücker Abendblatt“, das wenige Stunden vor dem Attentat Beichtspfungen Louis Barthou als „Lustreise“, „numphomanez Sabir“, „berühmte Kunden der Pariser Prostitution“, „gefährlichen Narren“, „moralisch Irrenhütern“ nachdrückte, sondern über uns.

Das Blatt tut so, als könne es nicht mehr deutsch lesen, reißt einen Satz aus unserem geistigen Vorrat heraus und deutet ihn so um, als hätten wir die Beauftragung des Mörders durch Herrn Hitler behauptet. Wichtig ist, daß wir lediglich außerpolitische Folgen aus dem Attentat gezogen und die kaum zu bestreitende Tatsache hervorgehoben haben: die Ermordung von Alexander und Barthou nicht der hitlerischen Außenpolitik, weil die Verhandlung zwischen Frankreich, Italien und Jugoslawien dadurch verschoben wird.

Statt eines Versuchs, uns zu widerlegen, wird nach der alten Methode die Regierungskommission aufgefordert, uns zu verbieten. Wo die Herrschaften in Verlegenheit sind, richten sie immer wieder an die sonst so eifrig von ihnen verdächtigte „landesfremde Regierung“ das Ersuchen, ihnen beizufpringen.

Es fehlt natürlich auch nicht die Verdächtigung, nur wir hätten auf die merkwürdigen Erfälle hingewiesen, während sogar die ausländische Presse solche Fragen nicht erörtert habe. Das können die Zeitungen nur behaupten, weil sie grundsätzlich die ausländischen Pressestimmen fälschen.

Wir verweisen nur auf folgende Äußerungen französischer Blätter, die wir mit demselben Rechte zitieren dürfen, wie das pornographische Organ der „deutschen Front“ die gemeinen Anwürfe gegen Barthou.

„Echo de Paris“ schreibt:

Der Ministerpräsident Duda von Rumänien wurde im Dezember ermordet, Österreichs Kanzler Dollfuß im Juli; außerdem warfen wir die Frage auf: Wird diese Mordserie beendet sein?

Die öffentliche Meinung in Frankreich, die außerhalb Frankreichs wird die Mordtaten in Marseille in der Linie der bisherigen Morden zu werten wissen. Diese Gewalttätigkeit hat in unserem Weltteil dank einer langen Serie von Attentaten Fuß gefaßt. Die ersten Attentate wurden in Deutschland durchgeführt nach der Niederlage. Und dann brachen wir nur an den 30. Juni zu denken. Jemandem stellt neulich fest, daß die Aufrechterhaltung der Verträge und die Verhandlungen um den Frieden von etwa einem Duzend Persönlichkeiten abhängt. Zweifellos gehörte König Alexander dazu. Und was Barthou betrifft, so förderte er nicht nur stark die Unionspolitik Frankreichs, er trennte auch Moskau von Berlin und ebenso Italien. Und sein Plan war es, die italienisch-jugoslawischen Beziehungen zu bessern und zu festigen. Das österreichische Problem hatte ihn zwar zuerst entnervt, aber er verzweifelte nicht. Er ist der erste Außenminister, der seine Pläne mit seinem Leben bezahlen mußte. Eins ist sicher: Unterirdische Mächte sind an der Arbeit und nur der bestigt Sicherheit, der im Besitz der Macht ist.

Im „Matin“

wirft Georges Marceau die Frage auf, wer der intellektuelle Urheber der Mordtaten des 9. Oktober sind, und er sagt recht deutlich, die Frage sei erlaubt, ob nicht der Mörder bewußt und absichtlich nur ein Instrument in der Hand seiner dunklen Macht sei, die mit Nord- und Grenzschweizerischen Krieg zwischen Alpen und Adria zu lösen veruche. Eben erst habe man Dollfuß beiseite gedrückt. Viele weitere Menschen seien in Europa hingerichtet worden — und immer von derselben Seite.

„Censure“

schreibt: Man müsse auch daran denken, wer ein Interesse an der Ermordung Alexanders habe, an der Vermittlung Europas? Wenn man auch heute darüber noch keine schlüssige Antwort geben könne, dürfe man doch diese Frage nicht aus den Augen lassen. Der Friede müsse energisch vertreten werden.

Es wundert uns, daß die bedrängten Organe der „deutschen Front“ nicht gleich das Verbot aller Zeitungen in der ganzen Welt, soweit sie solche Erörterungen anstellen, für das Saargebiet verlangen.

Wir aber werden uns durch keinerlei Drohungen mit „Handgreiflichkeiten“ hindern lassen, das zu sagen, was wir denken. Die Atmosphäre des Mordes auch in Europa ausgerottet werden ganz gleich, woher sie kommt. Ob nun einer 1200 Morde nachträglich für rechtens erklärt oder ein anderer mit dem Revolver Staatsmänner abknallt und den europäischen Frieden gefährdet, der Ursprung ist derselbe: der Wahn, blutige Gewalttätigkeiten seien Ausweg und Rettung. Dagegen kämpfen wir.

Den Anzeichen der Blut- und Gewalttätigkeiten in der gleichgeschalteten Presse sagen wir noch dies:

„Handgreiflichkeiten“, mit denen sie in einer politischen Diskussion drohen, sind Äußerungen derselben demagogischen Roboter, die sich schließlich in Taten wie in Bukarest, in Wien, am 30. Juni in vielen Städten Deutschlands, dann in Wien und nun in Marseille entladen hat.

Wie lange noch diese Saar-Justiz?

Der Gerichtsberichterstatter der „Neue Saar-Post“ aus dem Saale gewiesen

Saarbrücken, 11. Oktober 1934.

In der vergangenen Woche hat Herr Landgerichtsdirektor Steinfels von der Zweiten Strafkammer des Landgerichts Saarbrücken antäglich eines Beleidigungsfalles eine Äußerung getan, die in allen nichtgleichgeschalteten Zeitungen großes Aufsehen erregt hat. Es handelte sich um die Beleidigung eines Hitlergegners. Der Angeklagte hatte gerufen: „Grüßt Ihr noch Separatisten?“ Im Verlaufe dieser Verhandlung hatte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Steinfels u. a. folgendes erklärt:

„Wenn jemand für den Status quo Propaganda macht, so haben Sie nicht das Recht, ihn deshalb zu beleidigen, weil es eine Verordnung gibt, die das verbietet. Da müssen Sie schon warten, bis die ganzen Verhältnisse anders sind, bis abgestimmt ist.“

Bekanntlich war diese Äußerung des Herrn Landgerichtsdirektors Veranlassung für die Ablehnung dieses Vorsitzenden einen Tag später antäglich einer Verhandlung gegen kommunistische Angeklagte. Landgerichtsdirektor Steinfels hat die Gelegenheit, die ihm dadurch geboten war, nicht benutzt, um die Öffentlichkeit über seine tatsächlich gefallenen Worte aufzuklären. Er hat unsubstanziiert behauptet, der Sinn wäre durch die Herausreichung der Züge aus dem Zusammenhang entstellt. Was er aber wirklich gesagt hat, hat der Vorsitzende niemals der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Wir wissen aber zuverlässig, daß er selbst nicht bekräftigt, dem Sinne nach genau das gesagt zu haben, was der „Generalanzeiger“, die „Neue Saar-Post“ und nach diesen auch die „Volksstimme“ veröffentlicht hat.

Wer angenommen hat, daß mit dieser Festnagelung der Fall erledigt wäre, und er als einer der vielen Fälle berechtigter Kritik zu dem Attentat: „Klagen über die saarländische Justiz“ hätte gelangt werden können, der irrt sich. Herr Landgerichtsdirektor Steinfels hat, es ist nicht zu glauben, an dem Berichterstatter der „Neuen Saar-Post“ Rache genommen. Es hätte ihm freigestanden, den Berichterstatter wegen Beleidigung zu verklagen, wenn der Berichterstatter Unrichtiges und Beleidigendes gemeldet hätte. Das hat Herr Landgerichtsdirektor Steinfels nicht getan. Er hat Mitwochmorgen gleich zu Beginn der Verhandlung

dem Berichterstatter der „Neuen Saar-Post“ das Verweilen am Presstisch verboten und ihn aus der Gegend des Presstisches verwiesen.

Die Ausweisung

Verhandlung vor der Zweiten Strafkammer unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Steinfels! Kurz nach neun Uhr betritt der Gerichtsberichterstatter der „Neuen Saar-Post“ den Gerichtssaal. Kaum hat er Platz genommen, als Landgerichtsdirektor Steinfels ihn aufruft und kurzerhand vom Presstisch verweicht.

Der Gerichtsberichterstatter packt Tasche und Mantel und sagt: „Danke schön!“

Der Vorsitzende entgegnet, wenn der Berichterstatter noch einmal eine derartige Rundgebung äußern würde, hätte er zu gewärtigen, drei Tage eingesperrt zu werden. Der Vorsitzende fragt weiter, ob der Berichterstatter, der schon nahe der Tür des großen Gerichtssaales steht, die Begründung seiner Ausweisung hören will.

Der Gerichtsberichterstatter: „Ich bitte darum!“

Darauf verliert Landgerichtsdirektor Steinfels folgende Begründung:

Der Presstisch ist ein bevorzugter Platz im Sitzungssaal. Er wird den Pressevertretern aber nur unter der selbstverständlichen Voraussetzung zur Benutzung überlassen, daß sie objektive und wahrheitsgetreue Berichte über die Gerichtsverhandlungen fertigen. Herr Gustav Althier hat nun einen in Nr. 150 der „Neuen Saar-Post“ vom 5. Oktober 1934 erschienenen Bericht über die Verhandlung vor der Zweiten Strafkammer vom 3. Oktober verfaßt, der den Sinn von Äußerungen des Vorsitzenden und Vorgängen in der Verhandlung entstellt wiedergibt, nur um den Vorsitzenden der Kammer und die saarländischen ordentlichen Gerichte überhaupt in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Als Vorsitzender der Kammer habe ich die Pflicht, die Ordnung im Sitzungssaal und auch die Ehre und die Würde des Gerichts zu wahren. Es würde nun einer gerechten Ordnung und der Ehre und Würde des Gerichts widersprechen, im Sitzungssaal einem Berichterstatter, der nach in den letzten Tagen dieses Gericht in öffentlicher Weise beleidigt hat, einen bevor-

zugten Platz am Presstisch einzuräumen, zumal der betreffende Berichterstatter bei Zurechtstellung sein bemerkliches und nichtswürdiges Vorgehen zu verteidigen suchte. Wer so vorgeht, ist lästig, abermals entstellende und das Gericht beleidigende Berichte zu fertigen. Dies dem Berichterstatter seitens des Gerichts zu erleichtern dadurch, daß es ihm einen bevorzugten Schreibplatz am Presstisch zur Verfügung stellt, würde dem Gericht als ehr- und würdelos erscheinen.“

Der Gerichtsberichterstatter: Sie haben loben gesagt, daß ich Sie noch in den letzten Tagen weiter beleidigt hätte. Ich möchte dazu in der Öffentlichkeit bemerken, daß ich mich in meinem Bericht vom 3. Oktober an die Tatsachen gehalten habe.“

Noch einmal und zum letzten Male weist ihn der Vorsitzende aus der Nähe des Presstisches.

Der Berichterstatter verläßt den Saal.

Ein unmögliches Urteil

In der Angelegenheit Pick

Saarbrücken, den 10. Oktober 1934.

Die Zivilkammer hat die Entscheidung im Prozeß des Leiters des Christlichen Metallarbeiter-Berbandes Pick gegen die bekannte, gegen ihn erlassene Verfügung gefällt. Das Gericht hat beschlossen, die einstweilige Verfügung nicht aufzuheben.

Ueber die Entscheidungsgründe der Zivilkammer, die offiziell noch nicht bekanntgegeben wurden, hören wir folgendes:

Mit den Zeugen sei nicht viel anzufangen und es sei nicht unklar, daß gewisse Zeugen die Unwahrheit gesagt hätten. Auch die von diesen Zeugen vorgebrachten Vorgänge aus den Jahren 1923 und 1927 bildeten demnach keinen Grund zum Erlass einer einstweiligen Verfügung.

Andererseits sehe es mit dem Fall der Verbringung von Geld aus Reichslandern über die Reichsgrenze an die Saar und die Anlegung dieses Geldes in Frankreich. Diese Maßnahme — insbesondere weil sie zur Verhinderung von Konten geführt habe — stelle eine Handlung gegen die Interessen der Mitglieder dar, gegen die sie im Wege einer einstweiligen Verfügung geschützt werden könne.

Das Gericht hat demnach, soweit sich aus den bisher vorliegenden kurzen Auszügen aus den Entscheidungsgründen ersehen läßt, im wesentlichen nur einen Fall zur Bekämpfung der einstweiligen Verfügung herangezogen, der rein politischer Natur war: die Verbringung von Geld aus Reichslandern über die Reichsgrenze, um die Interessen der Saararbeiter sicherzustellen. Leider hat das Gericht — und das wird man ihm zum Vorwurf machen müssen — diesen tatsächlich rein politischen Fall nicht so gewertet, wie er gewertet werden muß: nämlich politisch! Das Gericht hat formaljuristische Gesichtspunkte an einen Voll ansetzen, der niemals eine „Benachteiligung“ der Gewerkschaftler darstellen kann und der darum auch alles andere als eine Willkürmaßnahme Pick war. Hier Remedur zu schaffen, wird Aufgabe des Obersten Gerichtshofes sein, bei dem Berufung gegen diese Entscheidung gelegt wird.

Der Fall der Schuhfirma Herz

Die bekannte Saarbrücker Schuhgroßhandlung M. Herz & Söhne hat vor kurzem ihre Zahlungen eingestellt. Wenn auch die Einzelheiten dieser Zahlungs-einstellung noch nicht ganz geklärt sind, so kann es gar keinem Zweifel mehr unterliegen, daß es sich in dem Falle Herz um einen betrügerischen Vorgang handelt. Die Firma Herz besaß sich in den letzten Jahren neben dem Engrosgeheim auch mit einem ausgedehnten Einzelverkauf. Vor einiger Zeit verlegten die drei Brüder Herz, Rudolf, Robert und Josef, nacheinander ihren Wohnsitz nach Paris. Die Behelungen bei den Lieferanten gingen indessen lustig weiter, obwohl die Inhaber der Firma schon seit längerer Zeit die Absicht hatten, das Unternehmen im Saargebiet zu liquidieren. Sie haben systematisch die gelieferten Waren waggungsweise nach Frankreich abgeschoben, ohne die Ware zu bezahlen und haben in Saarbrücken sogar die Schulden zurückgelassen. Durch diese und andere Manipulationen — man spricht auch von gefälschten Bilanzen — haben die Schulden eine beträchtliche Höhe erreicht. Die Forderungen der Firma M. Herz & Söhne stellen sich nach unseren Informationen auf rund neun Millionen Fr., denen nur geringe Aktiven gegenüberstehen.

Auffallend ist es, daß vorläufig die braune Presse sich dieses Falles, obwohl es sich doch um eine jüdische Firma handelt, nicht angenommen hat. Die Bemerkungen dieses eigenartigen Schweigens kennen wir nicht genau. Wir wissen nur, daß der braunen Presse von oben ein Wink gegeben wurde, vorläufig über die Angelegenheit zu schweigen. Man will eben einige Zusammenhänge, die auf eine Verbindung mit verschiedenen Persönlichkeiten der braunen Front schließen, vertuschen.

Es ist immerhin möglich, daß, nachdem die Spuren, die von den Betrügereien der Firma Herz zu einzelnen Herren der „deutschen Front“ führen, verwischt werden, sich dieses Falles Gehändel-Kammer vom „Saarbrücker Abendblatt“ und feindgleichen annehmen werden. Wir haben in der jüngsten deutschen Vergangenheit genügend Fälle von betrügerischem Bankrott gehabt, an dem arische Firmen beteiligt waren. Aber die „nationale“ Presse hat es immer verstanden, diese Fälle zu vertuschen und die Öffentlichkeit immer nur an die Fälle Klaref und Ruffier zu erinnern. Solche betrügerischen Affären aber, wie sie sich z. B. beim Nordsee-Skandal der nationalsozialistischen Geldheber, Gebrüder Pohnsen, oder beim Raiffeisen-Skandal oder beim Deutsch-Französischen Skandal offenbarten, wurden immer möglichst vertuscht, vom Fall des Deutschfrontiers Dimpelmann gar nicht zu sprechen.

Und dann: dienen nicht den Brüdern Herz die italienischen Herren Hjalmar Schacht und Jvar Kreuger als Vorbilder? Hat es doch kürzlich der Reichsbankpräsident Schacht durch betrügerische Manipulationen fertiggebracht, nicht nur die ausländischen Geldläubiger, sondern auch die Warenlieferanten nach allen Regeln der Kunst über Ohr zu lauten, wobei bei diesen Manipulationen auch die geliebten Brüder an der Saar um viele Millionen gesteuert wurden. Aber alle diese Dinge werden die „nationalen“ Zeitungen der braunen Front kaum davon abhalten, zur gegebenen Zeit den Fall Herz aufzubauhen und die Saarbevölkerung gegen die jüdische Minderheit anzuhetzen.

Aber heute schon soll diesen Leuten gelaut sein: sie werden im Endergebnis keine Freude an ihre Nase haben.

Kleine Wirtschaftsnachrichten

Der Reichsbankausweis für die erste Oktoberwoche weist diesmal eine Zunahme des Goldbestandes um 3,53 Millionen Mark auf.

Es handelt sich damit um einen Posten Russengold, der zur Abdeckung von Verpflichtungen hereingekommen ist, so daß um die vor einigen Tagen erwähnte Goldsendung aus Amsterdam. Dieses Gold wurde von einer holländischen Privathank im Zusammenhang mit der Verknappung an freier Reichsmark nach Deutschland abgegeben.

Nach einem Bericht der Offenbacher Handelskammer ist in der berühmten Offenbacher Lederindustrie im Inlandsgeschäft ein Umsatzzrückgang zu verzeichnen. Dieser Umsatzzrückgang wird auf die Zurückhaltung der Schuhfabriken im Rohstoffeinkauf zurückgeführt, die sich anscheinend frühzeitig und über ihre Bedürfnisse hinaus eingedeckt haben. Im Ausfuhrgeschäft bestehen die bekannten Schwierigkeiten weiter. Die Lederwarenindustrie und Reiseartikelindustrie ist gegenwärtig gut beschäftigt, da augenblicklich für den Weihnachtsbedarf Eideckungen erfolgen.

Die belgische Regierung hat den Kohlenvertrag von 1925 mit Deutschland, der den deutschen Exporteuren ein größeres Kontingent auf dem belgischen Markt zusicherte, revidiert. Der Vertrag läuft bis zum 1. Januar 1935. Diese Kündigung bedeutet einen schweren Schlag für die deutsche Kohlenindustrie, deren Export nach Belgien etwa 40 Prozent der gesamten deutschen Ausfuhr nach diesem Lande darstellt.

Nach den Statistiken der Vereinigung des Wollhandels in Leipzig haben die Kammzugvorräte in den fünf deutschen Lohnkammereien im Laufe des September um 331 000 kg zugenommen. Sie stellten sich Ende September auf 5,4 Millionen kg gegen 9,7 Millionen kg zur gleichen Zeit des vorigen Jahres. Diese geringe Steigerung der Kammzugvorräte steht in einem Widerspruch zu der Bewegung der Rohwolleinfuhr. Sie wird aber in der Hauptsache auf saisonmäßige Ursachen zurückgeführt. Immerhin bleibt die Situation bedenklich, auch wenn augenblicklich die Kammzugvorräte sich ungefähr auf der Höhe von Ende September von 1930 bewegen. Denn damals betrug immerhin noch die Rohwolleinfuhr im August 12,4 Millionen Kilo, also sechsfache der diesjährigen Augusteinfuhr.

Infolge der Sperre der Baumwolleneinfuhr haben sich in letzter Zeit die deutschen Einkäufer auf Baumwollabfälle geworfen, die sie in großen Mengen im Auslande, insbesondere in England und in der Schweiz, sowie in Frankreich eingekauft haben. Während beispielsweise in der Schweiz im Mai nur 105 Dz. Baumwollabfälle nach Deutschland gingen, stellte sich die Augustausfuhr auf nicht weniger als 6800 Dz. Man sieht an diesem Beispiel, wie mit Hilfe des Verrechnungsverkehrs Deutschland versucht, seine Einfuhr zu erhöhen, um dann im Endresultat auch die Warenschulden nicht zu bezahlen.

Die deutschen Autofabriken haben ihrer Kundschaft mitgeteilt, daß sie von jetzt ab die Wagen nicht mehr mit den als „Superkomfort Aero-Typ“ bezeichneten Reifen mit Niederdruck liefern können, weil das Rohstoffamt die Herstellung dieser Reifen, die gegenüber dem Normaltyp die doppelte Gummimenge erfordern, verboten hat.

Die Einnahmen der französischen Warenhäuser sind infolge der weiteren Ermäßigung der Verkaufspreise gesunken. Der Durchschnitt der Verkaufspreise ist bei den französischen Warenhäusern seit 1932 um 15—20 Prozent zurückgegangen, allerdings mit Ausnahme der Lebensmittelpreise, die einen geringen Abbau erfahren haben. Bei einzelnen Warenhäusern, die in den letzten Jahren das Einheitspreisgeschäft ausgebaut haben, werden die Verluste aus der günstigen Einnahmeentwicklung dieser Neugründungen eingeholt.

In den französischen Hochöfen (84 gegen 85 im Juli) wurden im August 532 000 t Roheisen erblasen gegen 516 000 t im Juli und 564 000 t im August 1933. Die arbeitstägliche Erzeugung stieg also im August auf 17 160 t gegen 16 640 t im Juli. Die gesamte Roheisengewinnung in den ersten acht Monaten dieses Jahres beträgt 4,1 Mill. gegen 4,21 Mill. t in der Vergleichszeit des Vorjahres. Die gesamte Rohstahlerzeugung seit Jahresanfang stellte sich auf 4,11 Mill. t gegen 4,49 Mill. t.

Steigende Großhandelspreise

Das DNB. meldet: Die Kennzahl der Großhandelspreise stellt sich für den 3. Oktober auf 100,8; sie hat sich gegenüber der Vorwoche (100,7) leicht erhöht. Die Kennzahlen der Hauptgruppen lauten: Agrarstoffe 100,7 (plus 0,2 v. H.), industrielle Rohstoffe und Halbwaren 92,2 (minus 0,1), industrielle Fertigwaren 117,3 (plus 0,3). Für den Monatsdurchschnitt September lautet die Großhandelskennzahl 100,4 (plus 0,3). Die Kennzahlen der Hauptgruppen sind: Agrarstoffe 99,8 (plus 0,2), Kolonialwaren 78 (minus 0,5), industrielle Rohstoffe und Halbwaren 92,4 (unverändert) und industrielle Fertigwaren 116,5 (plus 0,9 v. H.).

Also auch das offizielle Nachrichtenbüro muß das weitere Ansteigen der Preise bei gesunkenen Löhnen zugeben, wobei die tatsächliche Teuerung in einzelnen Lebensmitteln noch höher ist.

Auflösung des Hansabundes

Der Hansabund für Handel, Gewerbe und Industrie, Sitz Berlin, hat seine Hauptversammlung auf den 16. Oktober einberufen. Die Tagesordnung sieht nach der Entgegennahme des Rechenschaftsberichts und der Entlastungserteilung für den Vorstand den Beschluß auf Auflösung des Hansabundes vor. Damit findet eine Unternehmerorganisation ihr Ende, die stets für eine freie Wirtschaft eingetreten ist.

Die verhängnisvolle Charmeuse

Der Kampf um das Herrenoberhemd — Ein neudeutsches Wirtschaftssittenbild

Der Chefredakteur der „Textil-Zeitung“ ist außerordentlich aufgeregt. In einem Leitartikel in seinem Blatte schreibt er gegen die Charmeuseware, die jetzt von gerissenen Fabrikanten zur Herstellung von Herrenhemden an Stelle der qualitativ besseren Baumwolle angeboten wird. Er drückt sich darüber u. a. folgendermaßen aus:

Wir hören von den verschiedensten Seiten, daß für die Aufertigung von Herrenoberhemden eine Charmeuseware empfohlen wird, und wir wissen, daß den maßgebenden Firmen in den letzten Tagen vermehrte Angebote gemacht wurden, sich auf Charmeuse umzustellen. Vielfach handelt es sich um Industrien, die bisher Unterkleidung oder Stoffhandschuhe aus Charmeuse hergestellt und sich fast überwiegend auf den Export eingestellt hatten. Weil ihre Ausfuhr abnimmt, versuchen sie sich jetzt einen neuen Markt in Deutschland zu erschließen. Sie verstoßen damit gegen eine wichtige Voraussetzung unserer planmäßigen Arbeit, die Handelsbilanz auszugleichen, weil das Streben Deutschlands dahin gehen muß, durch den Export und seine Steigerung die Versorgung mit ausländischem Rohmaterial wieder gleichmäßiger zu gestalten und damit zu sichern. Eine Ablenkung solcher Stoffe, die — wie Charmeuse — im Inland selbst aus eigenem Material gewonnen werden können, auf die deutsche Verarbeitung, bedeutet daher einen Verzicht auf den Auslandskunden und sollte schon aus diesen Gründen nicht begünstigt werden. Es kommt hinzu, daß die Verarbeitung von Charmeuse der Herrenwäseindustrie außerordentliche Opfer auferlegt weil die jetzigen Schnellnähermaschinen für baumwollene und kunstseidene Stoffe durch Kettelmaschinen ersetzt werden müssen, und weil mithin eine Umstellung im Fabrikationsprozeß nötig wäre, der überhaupt vorerst nicht in Betracht gezogen werden darf. Hinzu kommt, daß Herrenoberhemden vielfach in der Heimarbeit hergestellt werden, und daß man unmöglich der Heimarbeiterin zumuten kann, auf eigene Kosten sich eine Kettelmaschine anzuschaffen und die Nähmaschine irgendwo in eine verstaubte Ecke zu stellen.

Immer wieder muß darauf verwiesen werden, daß Kunstseide und Vistra für die Textilfabrikation zu Faktoren geworden sind, mit denen jeder Auslandslieferant rechnen muß, auch wenn er glaubt, daß über kurz oder lang der neue deutsche Bewirtschaftungsplan sich wieder positiv auf ihn einstellt. Gerade deshalb ist es nötig, daß keine übereilte Sondermaßnahmen verankert werden und daß die Charmeuse darauf verzichtet, die Sternmuster vom Himmel herunterzuholen, solange noch die Baumwolle ihr Recht am Herrenoberhemd behauptet.

Der arme Chefredakteur des gleichgeschalteten Wirtschaftsblattes hat aber Pech gehabt. Er hat von den Charmeusefabrikanten, für diese seine Extratour eine Aufsicht bekommen. Wie konnte er es auch wagen, in einer Zeit, wo die Rettung des Hitler-Vaterlandes die Ausschaltung der ausländischen Baumwolle dringend erfordert, gegen ein heil-

misches Kunstseidenprodukt Sturm laufen!? Die „Textil-Zeitung“ sieht sich deshalb gezwungen, von der Setilanesse-Wäschefabrik, Oberfronau, die an der Charmeuseherstellung interessiert ist, eine Zuschrift zu veröffentlichen, die ebenfalls ein bezeichnendes Licht auf die gegenwärtigen Zustände in der deutschen Textilwirtschaft wirft. In dem Schreiben heißt es:

„Den Charmeuseherstellern wie den Oberhemdenfabrikanten legt der neue Artikel von vornherein eine große Verpflichtung auf, nämlich, unter allen Umständen von Anfang an die Qualität hochzuhalten. Die ersten müssen ihr ganzes Augenmerk darauf richten, nicht nur erstklassige haltbare Kunstseidengarne und echte Farben zu verwenden, sondern auch die Stoffe so zu wirken, daß sie weder länger werden, noch in praktisch unbrauchbarer Weise einlaufen. Leider gibt es, wie in allen Branchen, so auch in der unsrigen, Nichtkänner oder auch gewissenlose Elemente genug, die durch ihr Treiben und ihr Bestreben, unter allen Umständen billigsten Preis zu haben, einen aussichtsreichen Artikel von vornherein in Mißkredit bringen. Man darf wohl hoffen und an dieser Stelle die ganz besondere Bitte aussprechen, daß der Einkäufer nun nicht von einem solchen Fehlgriff auf den ganzen Artikel schließt und derartige Elemente nicht mit den wirklich maßgebenden fachkundigen und verantwortungsbewußten Fabrikanten identifiziert, sondern daß er durch Kenntnisse, Geschick und Fleiß — Eigenschaften, die ja heute beim Einkäufer wieder dominieren sollen — versucht, den richtigen und tüchtigen Fabrikanten herauszufinden. Andererseits ist es Pflicht des Hemdenkonfektionärs, nur wirklich für Trikot geeignete Schnitte und Konfektionsmethoden in derartig vollkommener Weise anzuwenden, daß sowohl der Herr, der das Hemd tragen soll, als auch die Hausfrau, die es behandeln soll, ihre helle Freude daran haben können. Bedauerlich bleibt nur, daß erst die Not endlich die Hemdenfabrikanten dazu zwingen mußte, sich des Trikotoberhemdes anzunehmen, obwohl wie ausdrücklich betont sei, maßgebende Charmeusehersteller nicht erst seit heute und gestern, „weil ihre Ausfuhr abgenommen hat“, sondern schon seit vielen Jahren, als noch niemand an Baumwoll- und Leinenmangel dachte, sich um die Einführung in der Herrenwäsebranche redlich bemüht haben.“

Der Chefredakteur der „Textil-Zeitung“ sieht sich gezwungen, diesem Schreiben einen längeren Artikel beizufügen, in welchem er sich wie ein Aal dreht und wendet, um zu allererst bei den Charmeuse-Fabrikanten Abbitte für seine Kühnheit zu leisten. Die armen gleichgeschalteten Redakteure! Sie wissen wirklich bald nicht, was sie schreiben dürfen. Ihr Los ist nicht beneidenswert.

Dem Abnehmer aber soll unbedingt Charmeuse angeordnet werden. Die Kunstseidenfabrikanten werden daran ihre „helle Freude“ haben, weniger aber die Träger des Herrenhemdes.

Preisregelung für Auslandswaren

Die angekündigte Liste derjenigen ausländischen Waren, für die die kürzlich erlassene Verordnung über die Preise für ausländische Waren im ausländischen Geschäftsverkehr gilt, wird im „Reichsanzeiger“ vom 5. Oktober veröffentlicht. Sie umfaßt folgende Waren:

Roh- und Halbfabrikate und aus diesen hergestellte Garne und Zwirne; Abfälle von Gespinnstwaren und dgl.; Tabakblätter einschließlich Abfälle; Tabakrippen und -stengel; Tabakklagen; Karotten (Mangotes), Stangen und Rollen zur Herstellung von Schnupftabak; Polsterstoffe; Piassavafasern und -stengel; Wurzelfasern (abgeschält), Reiswurzeln; Besen, Ginster, Palmyrafasern, Kitool sowie alle übrigen Pflanzenstoffe zur Herstellung von Besen, Bürsten, anderweit nicht genannt oder inbegriffen, auch zu Strängen zusammengedreht; Stuhlrohre und Abfälle von Stuhlrohren; Pflanzen- und Insektenwachs; Korkholz und Korkabfälle; Gerbrinden, Gerbhölzer und andere Gerbstoffe.

Kautschuk, Guttapercha, Balata einschließlich der Abfälle und Ersatzstoffe; tierische und pflanzliche Öle und Fette; Oel- und Fettsäuren; Bettfedern; Borsten und Borstenerzeugnisse; Felle und Häute; Steine, Erden, Keramik, Glas; natürlicher phosphorsaurer Kalk; Asbest; Bauxit (ungereinigt); Eisstein (Kryolith), natürlicher; Boraxkalk, borsaure Natronkalk, Bormineral; Erze, auch aufbereitet, Schlacken, Aschen, Mineralöle (Erdöl- und Teererzeugnisse), Quecksilber und Quecksilberlegierungen, Schwefel, Terpentinöl und andre ätherische Öle, Kasein für technische Zwecke, Gerbstoffauszüge, Papierhalbzeug, chemisch bereiteter Holzstoff, Pappen aus Holzstoff, auch aus solchem vorgedämpftem Holz, Stroh-, Schrenz- und Torfpappe und anderweit nicht genannte grobe Pappen, Papierabfälle, Holzkohlenroheisen, legierte Edelmehle, Kohlenstoffstähle (von 0,8c an); a) Halbzeug, b) Stabstahl, c) Bandstahl, d) Bleche, e) Draht, f) Röhren, Eisen- und Stahlabfälle, unedle Metalle und deren Legierungen sowie Halbfabrikate daraus.

Diese Anordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im „Deutschen Reichsanzeiger“ in Kraft. Es wird darauf hingewiesen, daß diese Verordnung verbietet, für die jeweilig im „Deutschen Reichsanzeiger“ bezeichneten ausländischen Waren im inländischen Geschäftsverkehr einen höheren Preis zu fordern oder sich oder einem andern versprechen oder gewähren zu lassen als den zurzeit des inländischen Angebots oder Verkaufs auf den ausländischen Märkten allgemein gültigen Marktpreis für Waren gleicher Art und Güte zuzüglich der handelsüblichen Kosten und des handelsüblichen Gewinns. Vorsätzliche oder fahrlässige Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen sind unter schwere Strafe gestellt.

Auch ein Weltrekord

Deutschland hat das teuerste Brot

Das Informationsbulletin der belgischen Nationalbank bringt eine interessante Statistik über den Brotpreis in den wichtigsten Ländern der Welt. Deutschland marschiert mit dem teuersten Brot an der Spitze. Dabei ist aber noch zu berücksichtigen, daß das Einkommen in Deutschland, das wohl die niedrigsten Reallohne in Europa aufweist, den Brotpreis relativ noch viel höher gestaltet, als es aus den rein valutatorischen Angaben hervorgeht. Wir lassen die interessante Statistik der belgischen Nationalbank folgen:

Land:	Kilopreis i. Schw. Franken
Deutschland	0,84
Finnland	0,68
Schweden	0,62
Norwegen	0,60
USA	0,60
Dänemark	0,52
Kanada	0,48
Holland	0,47
Italien	0,45
Frankreich	0,39,2
Irland	0,35,6
Australien	0,31,2
Schweiz	0,35
Spanien	0,29
England	0,27
Tschechoslowakei	0,24
Belgien	0,20,2

Das Programm der Treibstoffindustrie

Berlin, 10. Okt. (Inpreß). Die „Rheinisch-Mainische Wirtschafts-Zeitung“ bringt einen Artikel aus der Feder einer der führenden Persönlichkeiten der I. G. Farben-Industrie, Butterfisch.

In dem Artikel heißt es, die Industrie der künstlichen Treibstoffe in Deutschland werde bereits im kommenden Jahr rund einundneinhalb Millionen Tonnen Treibstoffe erzeugen, was 68 Prozent des gesamten deutschen Treibstoffbedarfs im Rekordjahre 1930 bedeutet. Insbesondere werden 400 000 Tonnen synthetischen Benzols hergestellt werden, 400 000 Tonnen Brenn-Sprit, 300 000 Tonnen an Schwerölprodukten und 400 000 Tonnen künstlichem Benzol.

Ein deutsches Heldenleben

Alfred Beierle und seine Wandlungen

Erster Akt: Genosse Alfred Beierle ist von 1919 bis 1931 Sozialist. Ganz radikaler Sozialist. Auch in der SPD organisiert. Laut und sehr pathetisch rezitiert er in allen möglichen Veranstaltungen sozialistischer Gruppen und Verbände. Wird dick und dicker. Für eine halbe Stunde Jack-London-Vorlesen verlangt und erhält er fünfzig Mark (nebst Spesen und — natürlich! — Autofahrt). Beierle liebt es, mit möglichst vielen Prominenten aus dem sozialistischen Lager zusammenzukommen. Es springt schon irgendwie was heraus. Beierle bespricht Schallplatten der „Neuen Truppe“; unter anderm läßt er sich mit einem Revolutionsaufzug Ernst Tollers und einem der Gefängnisbriefe Rosa Luxemburgs vernehmen. Wie gesagt — bis 1931.

Zweiter Akt: Beierle hat eine gute Nase, und er will nicht mehr Genosse sein. Inzwischen hat er sich beim Film umgesehen. Er tritt aus der SPD aus. Er legt nicht mehr so schrecklich viel Wert darauf, mit sozialistischen Prominenten zusammenzukommen. Besser ist besser. Und die Nazis wachsen. Und im Jahre des Hitlerheils 1933 entdeckt er seine wahre Gesinnung. Seine Liebe gehört den wackeren Brauhemden. Er geht in die NSBO. Stolz und hitlerisch wandelt Pg. Beierle durch Berlins Straßen. Der Pg. schauspielert und rezitiert laut und sehr pathetisch vor den Nazis. Das heißt: die NSDAP. wollte ihn nicht aufnehmen. Aber die NSBO. tat es um so rascher.

Dritter Akt: Beierle soll in einem bestimmten Bühnenstück in Berlin auftreten. Einige Tage vor der fälligen Aufführung erscheint bei unserem Helden der Intendant und teilt ihm mit, er könne die Rolle im Bühnenstück doch nicht bekommen. Obwohl er in der NSBO sei, gelte er noch als national unzuverlässig. Der ganze Zorn des Herrn Beierle sprudelt auf. Was, er sei kein guter Nazi? Wartet mal! Er droht dem Intendanten einen Prozeß an. Erstens fühlt er sich, da er für die nächste Zeit nicht auftreten darf, benachteiligt. Und zweitens empfindet er jene Verdächtigung als größte Beschimpfung. Er holt sich fix einen Rechtsanwalt,

der die Klage gegen den Intendanten Aßmann führen soll. Doch auch die Gegenpartei arbeitet. Sie schleppen einen Haufen Material hervor, stammend aus den Jahren 1919 bis 1931. Und die sollen nicht gerade für den Nationalsozialisten Beierle zeugen... Wenn der Gerichtshof nur die Platten mit Toller und Luxemburg hört, ist der Prozeß für Beierle verloren. Anderes Beweismaterial, das die ehemalige radikal-sozialistische „Gesinnung“ des Beierle deutlich zeigt, ist auch zur Stelle. Man rät dem Helden, schleunigst zu verduften. Sonst würde das Ende des von ihm angestrebten Prozesses seine Verhaftung sein.

Vierter Akt: Der Held verschwindet aus Deutschland. Und taucht in Amsterdam auf. Im Unterstützungskomitee für sozialistische Flüchtlinge... Ist wieder der alte Genosse Beierle, Rezitator röteter Gedichte. Wird selbstverständlich vom Komitee abgewiesen. Als mißlungener Gleichschaltler.

Fünfter Akt: Unser Held tritt in Den Haag auf und erzählt seinem Publikum, bevor er mit der Vorlesung aus Strindberg beginnt: „Ich will aus dem Werk der Dichter lesen, die der Menschheit dienen wollten durch Bekämpfung aller Vorurteile, wie es die Feindschaft zwischen den Nationen und der Rassenhaß ist.“ Hoch die Humanität! Humanität ist in Holland gern gesehener Artikel. Man muß nur den richtigen Tip haben...

Notwendiges Nachwort: „Het Volk“ greift Beierle wegen seiner Charakterlosigkeit an, erzählt mancherlei von des Helden Karriere. Darauf entgegnet jener, daß er von 1918 bis 1931 schon ein großer Menschheitsfreund gewesen sei und daß er mit seiner Emigration keine Reklame gemacht habe, und daß er elf jüdische Freunde in Deutschland hat, und daß das in „Het Volk“ veröffentlichte Beierle-Foto schlecht sei, da es ihn in dem Film „Zigeuner der Nacht“ als Polizeikommissar zeige, und daß diesen Winter ein Roman von ihm erscheine...

Das nenne ich glänzende Erwiderung eines Helden. Eines Sozialisten. Eines Nazi. Eines Emigranten. Eines Vorkämpfers der Humanität.

An einen Vertriebenen

Wie? du läßt die Nase hängen?
Wie? du läßt dich flau und trist
in die Seufzrecke drängen?
Weißt du nicht mehr, wer du bist?

Wegen deiner Ueberzeugung
trieb dich eine Meute aus.
Eine kleine Rückenbeugung
brächte dich expreß nach Haus.

Willst du mit den Hunden heulen?
Dein Gehirn schlag vorher tot,
denn es stößt sich doch nur Beulen
Du bist Mensch und kein Helot.

Höre, wie die tobend keifen.
Alles Kehlen ohne Hirn,
die nichts anderes begreifen
als den Balken vor der Stirn.

Damit kann man nicht paktieren,
wenn noch das Gewissen wacht.
Davor gar kapitulieren?
Mensch, das wäre ja gelacht!

Selbstverständlich drückt die Spannung
ungenutzter Schaffenskraft.
Manchmal zwingt auch die Verbannung
enger ein als Einzelhaft.

Streife ab, was dich beengte.
Komm, mein Freund, im gleichen Schritt
Heute sind wir noch Versprengte,
morgen tun wir wieder mit.

Hoch sollst du den Nacken heben,
bis der Wahnion einst verraucht.
Kraftvoll sollst du stehn und streben
weil dich deine Heimat braucht.

Deines Lebens Ziel und Sendung
ist, dein armes Vaterland
zu befreien von der Schändung,
dies es litt durch Mörderhand.

Rüste dich! der Tag wird steigen,
wo dein Banner siegend tanzt.
Rüste dich! dann sollst du zeigen,
wer du bist und was du kannst!

Der Rote Hans

Horst Wessels Bude

Salander schreibt in der Basler „National-Zeitung“:

Reichsminister Dr. Goebbels hat nach einer Meldung des Deutschen Nachrichtenbüros am letzten Donnerstag eine Reihe von öffentlichen Anstalten der Stadt Berlin besichtigt, deren Gauleiter er neben seinem anstrengenden Hauptamt, für die Erscheinung des Nationalsozialismus Vertrauen und Verständnis zu schaffen, immer noch geblieben ist.

Bei diesem Anlaß begab sich der Minister laut derselben amtlichen Quelle auch nach der ehemaligen Wohnung Horst Wessels in der Großen Frankfurter Straße. Er ordnete dort an, daß das Zimmer in den gleichen Zustand versetzt werden soll, in dem es sich zu Horst Wessels Lebzeiten befand. „Es ist beabsichtigt, das Haus unter Denkmalschutz zu stellen.“

Damit wäre wohl zum ersten Male in der Geschichte der erinnerungswürdigen Fall eingetreten, daß eine Studentebude zum Nationaldenkmal erhoben worden ist. Für unsere gegenwärtigen Museenöhne muß das ein starker Gedanke sein. Gleichzeitig mag auch ein wohlthätiger Antriebe zu geordnetem Lebenswandel darin liegen, denn nicht jedem Inhaber einer solchen Behausung wäre es wohl restlos willkommen gewesen, diese in dem Zustand ihres früheren Gebrauchs, verbunden mit seinem Namen zu wissen, besonders wenn dieser Zustand, wie das in meiner Studentenzeit in Berlin nicht selten der Fall war, auch ein buntes Insektenleben umfaßte.

Was Horst Wessel selbst, dessen Gestalt im Rahmen der auf Jahrtausende berechneten Geschichtsbetrachtung des „dritten Reiches“ erst in allmählicher Fixierung begriffen ist, wohl in Walthall zu der Verewigung seines früheren Buden-

„Sinn für wahre Größe“

zustandes denken mag, sei der theologischen Betrachtung der „Deutschen Glaubensbewegung“ überlassen. Vor einer allzu dokumentarisch peinlichen Wiederherstellung seiner Behausungsverhältnisse darf er sich durch die propagandistische Gewandtheit seines Denkmalstifters gesichert fühlen.

Warum sollen nicht die verehrungsbereiten Deutschen, die in der Zeit des schwächlichen Humanismus etwa zu den eindrucksvollen Wohnräumen Goethes pilgerten, nicht heute zur Studentenbude Horst Wessels wallfahren? Jede Lebensanschauung und jedes Zeitalter haben die Denkmäler und Ehrfurchtsgegenstände, die ihrem Niveau entsprechen. Das Horst-Wessel-Lied darf nur bei feierlichen Anlässen gespielt werden. Das unvergleichliche Gedicht Goethes „Ueber allen Gipfeln ist Ruh“ wurde und wird seit alters ungestraft zu allen möglichen neckischen Zwecken mißbraucht.

Ergreifender, als ich mir auch im günstigsten Fall die neue Erinnerungstätte vorstellen kann, bleibt jedenfalls der Eindruck eines Bauwerks, das ich in meinen Ferien kennen lernen durfte, des Poseidontempels in Pästum. Das Heiligtum des alten griechischen Meerergottes ist ein Denkmal, das wirklich erhebt, weil es Ehrfurcht vor dem Menschentum erweckt, das solches strenge innere Maß, solche unbeirrte Sicherheit des Formgefühls und solche Kraft ordnenden schaffenden Wollens in sich besessen hat. Und doch waren es nicht etwa harte Spartaner, wie ich zufällig einen deutschen Besucher seinen Reisegeossen bezeichnenderweise belehren hörte, die dieses Denkmal geschaffen haben, sondern Bewohner der um ihres schweizerischen Wohllebens willen verurufenen Stadt Sybaris. Aber sie hatten das, was heute so selten ist: Sinn für wahre Größe. Salander.

Das ist bei uns so Sitte

Das „dritte Reich“, wie es denunziert

Während Hitler vom tausendjährigen Reich redet, während die Unterführer lange Finger machen und große Worte gebrauchen, sprechen im Lande der Diktatur die traurigen Tatsachen. Sie reden klarer und ungeschminkter als die bezahlten Reklamesänger des Regimes, ihrer Sachlichkeit kann man vertrauen.

Vor dem Berliner Schwurgericht stand der 42 Jahre alte Fritz Zachowins, der sich einer ganz besonderen Methode bedient hatte, seine Mitmenschen auszuplündern. Er trieb sich in Gastwirtschaften herum und suchte Gäste, die ihn freihielten. Solange man für ihn bezahlte, war er friedfertig, weigerte man sich jedoch, seine Alkoholsucht weiter zu befriedigen, so brach er regelmäßig Streit vom Zaune. Beim Eintreffen der Polizei beschuldigte er seine Gastgeber, die nationale Regierung beschimpft zu haben. Worauf die Polizeibeamten die Beschuldigten regelmäßig mit auf die Wache nahmen. Zachowins ging mit und gab seine Anschuldigungen zu Protokoll, worauf gegen die völlig Unschuldigen ein Verfahren eingeleitet wurde.

Kam es dann zur Gerichtsverhandlung, so beschwor der edle Denunziant alles und jedes, in zahlreichen Fällen wurde auf Grund der Meineide des Zachowins auf hohe Gefängnisstrafen erkannt.

Das ging monatelang so, bis man dem wahrhaft vollkommenen Repräsentanten des „dritten Reiches“ auf die Schliche kam. Er wurde jetzt zu vier Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt.

Die reichsdeutsche Presse bringt dies wahre „Greuelmärchen“ sehr versteckt. Und sollte es doch auf der ersten Seite in Fettdruck bringen. Denn es sagt mehr über die Zu-

stände im Hitlerreich als hundert Erntefestreden des „Führers“!

In Süddeutschland hat sich ein ähnlich gelagerter Fall ereignet. Dort hat ein kaufmännischer Angestellter seine Kollegen durch „auführerische“ Bemerkungen zu „staatsfeindlichen“ Antworten verlockt, die er dann regelmäßig der politischen Polizei übermittelte. Dieser Lockspiegel hat eine ganze Anzahl seiner Kollegen ins Gefängnis gebracht. Als ihm der Boden unter den Füßen zu heiß wurde, verschwand er von einem Tag auf den anderen spurlos. Man nimmt an, daß dieser Lump im offiziellen Auftrag der Gestapo gehandelt hat.

Diese Dinge bedürfen keines Kommentars. Sie zeichnen die Sittengeschichte einer ganzen politischen Epoche! Pierre.

Tanz nach Militärmärschen

Entweihung nationaler Symbole

Der Regierungspräsident in Magdeburg veröffentlicht eine Erklärung, in der er sagt, es sei festgestellt worden, daß in einigen öffentlichen Lokalen noch immer zu historischen Armeemärschen getanzt werde. Er habe bisher davon abgesehen, die Geschmacklosigkeit solchen Tanzens zu historischen Armeemärschen durch Polizeiverordnung ausdrücklich zu verbieten, da er von dem gesunden Sinn der Bevölkerung erwarte, daß sie der Würde dieser Märsche Rechnung trage. Die Erklärung beruft sich zum Schluß auf das Gesetz zum Schutz der nationalen Symbole und spricht die Hoffnung aus, daß die Klagen in dieser Hinsicht endgültig verstummen würden.

Genie!

Robert über Wolf

Dem Gauinspektor Robert Thiel ist es gelungen, im „Westdeutschen Beobachter“ den tiefsten Grund dafür aufzudecken, daß das Ausland über das neue Deutschland so unfreundlich urteilt. Es ist nichts anderes als grügelber Neid. Pg. Thiel schreibt:

„Wir gestehen, daß wir kein Beispiel eines Staatsmannes kennen, das größer wäre als das unseres Führers. Seine Souveränität ist denn auch im ganzen deutschen Volke eine unumstrittene. Wir glauben daher den Grund zu erkennen, warum uns die Mächte der Zerstörung draußen in der Welt derart hassen und bekämpfen. Die Erhabenheit des staatsmännischen Genies ist derart augenscheinlich, daß alles andere beim Vergleich mit ihm verblaßt.“

Wenn es Krieg gibt, weiß man wenigstens warum Sicher doch, weil die Welt Deutschland das erhabene Glück, einen Hitler zu besigen, nicht gönnt!

Endlich etwas Echtes!

Froelich glüht wieder

Im „Filmkurier“ heißt es von dem neuen „Froelich-Film“, Ich für Dich und Du für mich. „Wenn ein Froelich diese Worte über seinen neuen Film plakatiert, dann meint er sie ernst und voll in ihrem tiefen Wort-Gelübde-Sinn. Ein Lebensfilm soll entstehen, mit 50 jungen Mädels geht Froelich auf die Reise“ — „Von 60 jungen Mädels habe ich 50 besondere Talente ausgesucht — Froelich ist wieder einmal ganz der Junge, Glühende — Menschenmaterial zu bearbeiten! Und diesmal für einen heiteren deutschen Lebensfilm, der die große Reihe... fortsetzt und vorsichtlich noch in die Höhe treibt. Denn man will bei Froelich etwas ganz Besonderes — den Film, so wie er deutsch ist und klar — (also das Gegenteil von dem Berichterstatler darüber) — und endlich einmal ein echtes Lebensbild.“

Schmisse weiter erwünscht

Auf eine Eingabe, die der Gründer des „Verbandes alter Wingolfer“, Missionsdirektor Dr. Schreiber, an die zuständigen staatlichen Stellen in der Duellfrage gerichtet hat, hat der Reichserziehungsminister den nachstehenden Bescheid erteilt: „Es ist nicht beabsichtigt, in der Genugtuungsfrage einen Zwang auszuüben. Die Entscheidung soll weiterhin der freien Entscheidung eines jeden Studenten überlassen bleiben.“ Schmisse sind also nicht obligatorisch — bloß allgemein erwünscht.

Echtes Bekenntnis

Aus dem Programm des Deutschlandsenders: „Volkskonzert...“

1. Adolf-Hitler-Fanfara
2. Ouvertüre „Banditenstreiche“
3. „Polnischer Nationaltanz“
4. „Der lustige Krieg“.

Es ist kurz gesagt, das ganze nationalsozialistische Aufbauprogramm.

So war es in Versailles... Von Victor Schiff

Ultimatum und Rückreise

Nach einigen hundert Meter wird freilich das Spalier immer dünner, bald stehen nur noch vereinzelt Gruppen an den Straßenkreuzungen, der Chauffeur hatte Vollgas gegeben und nun rasen wir durch eine Vorstadt von Versailles dem Bahnhof von Noisy-le-Roi entgegen.

Die Delegation fährt zurück

Dort steht der Sonderzug abfahrtsbereit auf dem Rangiergleis. Die Sonne ist inzwischen untergegangen. In der Dämmerung sieht man Gruppen: ein höherer französischer Offizier steht in strammer militärischer Haltung vor dem Grafen Brockdorff-Rantzau und spricht, die Hand am Rande des Käppis, Worte der Entschuldigung aus. Man führt ihn zu zwei Delegationsmitgliedern, die weniger glimpflich davongekommen sind: Dr. Hans Meyer, Sekretär von Dr. Melchior — später führendes Mitglied der Kriegslastenkommission in Paris — ist an der Wange von einem kleinen Stein getroffen worden und die (allerdings sehr geringfügige) Wunde blutet noch. In einem Schlafwagenabteil dagegen liegt die Sekretärin von Giesberts, Frau Dornblüth, eine herzensbrave Frau und nicht unbegabte Sozialpolitikerin, bewußtlos, während der Arzt der Delegation um sie bemüht. Sie saß neben Otto Landsberg, als sie am Hinterkopf von einem etwas größeren Stein getroffen wurde. Der französische Offizier läßt, sichtbar verlegen und beschämt, die robusten und erregten Vorwürfe des Ministers Giesberts über sich ergehen, wiederholt sein Bedauern, spricht von strenger Untersuchung und steigt wieder aus. Gleich danach setzt sich der Zug in Bewegung. Ein milder Sommerabend senkt sich über die Landschaft, in der Ferne sehen wir noch die dunkle Silhouette des Parks von Versailles. Voller Empörung kommentieren wir den seltsam und unerwarteten Abschiedsgruß, den uns die Franzosen bereitet haben, der aber der Behandlung würdig ist, die uns bei der Ankunft zuteil geworden war.

Clemenceau entschuldigt sich

Wir waren damals zunächst allgemein überzeugt, daß diese mäßig vorbereitet worden waren. Heute neige ich nicht mehr zu dieser Auffassung. Vielleicht haben die nationalsozialistischen Vereinigungen von Versailles — die kleine Rentner- und Pensionärstadt war immer sehr reaktionär — unter ihren Mitgliedern die Parole ausgegeben, den „Boches“ einen kräftigen Abschiedsgruß zuzurufen. Bewiesen ist das allerdings nicht. Viehmehr dürfte es ein spontaner und improvisierter Wutausbruch der Bevölkerung gewesen sein: denn man wußte aus der Presse, daß gerade die Friedensdelegation die Unterzeichnung der uns verordneten Bedingungen ablehnte. In Gesprächen mit dem Hotelpersonal, mit den Offizieren und Soldaten der Schutzwache, mit den Kriminalbeamten, die uns bei Einkäufen in die Stadt begleiteten, mit den Geschäftsleuten selbst, wenn sie uns fragten, hatten wir keinen Zweifel daran gelassen daß nach unserer Überzeugung wir abreisen würden, um nicht zurückzukehren. Das hatte sich sicher in der Stadt allgemein herumgesprochen und die Wut über uns, die man dafür verantwortlich machte, daß der Krieg noch immer nicht zu Ende sein würde, hatte sich tagelang angesammelt. Sie kam eben bei unserer Abreise zur Explosion. Die aktiven Elemente werden dabei ursprünglich, wie immer in solchen Fällen, nur eine kleine Minderheit gewesen sein. Aber sie werden auf die Masse der ursprünglich rein Neugierigen ansteckend gewirkt haben — ein häufiges Phänomen bei Volksaufläufen. Daß ein paar gewaltige Elemente, halbwüchsige Burschen oder kriminell veranlagte Menschen die Gelegenheit benutzten, um Steine auf uns zu werfen, nimt nicht Wunder, zumal wenn man die Kriegspsychose bedenkt, die damals noch herrschte. Die französische Regierung dürfte nur eine mittelbare Schuld an diesen Vorkommnissen tragen und zwar insofern, als sie in der Aera Clemenceau den Völkerhaß systematisch geschürt und durch die Gesamtbehandlung der Delegation vom ersten Tage an ein böses Beispiel geboten hatte. Aber es muß objektiv festgestellt werden, daß sie sich in dieser Affäre korrekt benommen hat. Der alte Clemenceau richtete bereits am nächsten Morgen an Brockdorff-Rantzau über den zurückgebliebenen Gesandten von Haniel ein Entschuldigungsschreiben, in dem die Absendung des Präsekten von Versailles und des Polizeikommissars Oudaille als Sanktion angekündigt wurde. Daß die betreffenden Herren danach in Wirklichkeit nur die Treppen heruntergefallen sind, ist gewiß nicht gerade schön, aber ähnliche Dinge sollen später auch bei uns vorgekommen sein, wenn man dem Auslande zuliebe Beamte zu bestrafen hatte.

Im Kurswagen wird heftig getippt

Abermals wurde, wie am Abend nach der Ueberreichung des ersten Entwurfs, ein technisches Kunststück vollbracht. Jetzt galt es, die Mantelnote und die Abänderungen sowie die als Anlage übermittelte Besatzungskonvention, im fahrenden Zuge zu übersehen und zu vervielfältigen. Diesmal war die Arbeit — leider! — viel weniger umfangreich, denn abgesehen von der Mantelnote und den nicht übermäßig langen Kommentaren zu den zugestandenen oder abgelehnten Abänderungen waren die Korrekturen zum ursprünglichen Friedensvertrag recht spärlich. Die Schwierigkeit lag mehr in den äußeren Umständen, unter denen diese Arbeit erfolgen sollte. Am Ende des Schlafwagenszuges war ein Kurswagen angehängt, in dessen Abteilen die Sekretärinnen saßen und unter Diktatur tippten; in einem Abteil war eine Vervielfältigungsmaschine aufgebaut sowie ein Apparat zum Heften. Etwa acht bis zehn freiwillige Uebersetzer bewältigten mit ihren Hilfskräften die ganze Arbeit in knapp zwei Stunden. Noch vor Mitternacht hatte jeder ein deutsches Exemplar der Mantelnote und der neuen Bedingungen in Händen.

Die Erlebnisse bei der Abfahrt waren längst im Drange der Arbeit vergessen. Jetzt hatte man übrigens einen anderen, viel ernsteren Grund zur Aufregung und Empörung: Die Mantelnote Clemenceaus. Es gibt in der Geschichte der internationalen Diplomatie wohl kaum ein Schriftstück, das mit diesem auf einer Stufe steht. Aus jeder Zeile sprach der Haß und nichts als der Haß. Ausgesuchte Gemeinheiten und Beleidigungen reichten sich aneinander. Mit geradezu sadistischer Grausamkeit wurde darin unsere Wehrlosigkeit mißbraucht, um das deutsche Volk moralisch zu ohrfeigen. Scheinbar richteten sich die Anklagen nur gegen das kaiserliche Deutschland. Aber gleichzeitig wurde immer wieder betont, daß auch das neue Deutschland für alles Vergangene mit verantwortlich sei. Am meisten mußte man sich über das Pharisäertum empören, das aus jeder Zeile sprach. Nach Clemenceaus Darstellung hätten danach die alliierten Staaten von jeher nur aus sanften, friedfertigen Engeln bestanden, die daneben unter der Knute Deutschlands gesauft hätten, bis sie plötzlich von einem nach der Weltherrschaft strebenden Ungeheuer überfallen worden wären. Im Kriege habe Deutschland, und allein Deutschland, Schandtaten über Schandtaten begangen usw.

Mit überreizten Nerven

Der alte Clemenceau erwies sich wieder einmal bei dieser Gelegenheit als der gewaltigste Stilist und rücksichtslose Polemiker, der er Zeit seines Lebens war. Aber daß der Vorsigende einer Friedenskonferenz im amtlichen Verkehr mit dem besiegten Feind sein Gift und seinen Haß seitentlang sprigen durfte, ohne daß ihn die Staatsmänner der übrigen Länder daran hinderten, das war eine tiefbeschämende Erscheinung; noch viel beschämender für die Urheber dieses Dokumentes als für jene, an die es gerichtet war. Man fühlte nur allzu deutlich aus seinen Sägen die Wollust heraus, auf dem wehrlosen Gegner herumtrampeln zu dürfen, ohne dabei selbst etwas zu riskieren.

Der größte Teil der Reisenden hatte sich zur Nachtruhe begeben. Wir blieben, eine kleine Gruppe, im Salonwagen der Hauptdelegierten zurück. Unsere Nerven waren nach diesem ereignisreichen Tag — zunächst Ueberreizung der Art, dann die Szenen bei der Abfahrt aus dem Hotel, endlich die negative Antwort und die herausfordernde Mantelnote — überreizt. Man unterrichtete sich gegenseitig über die einzelnen Abänderungen und zog die Bilanz; eigentlich war nur Schneidemühl definitiv gerettet, auch Oberschlesien würde zweifellos dem Reiche durch Volksabstimmung erhalten bleiben. Der Verzicht auf eine Abstimmung in der südlichsten Zone des Schleswig war weniger ein Zugeständnis an Deutschland als an Dänemark selbst. Die zahlreichen kleinen Abänderungen in den übrigen Teilen des Vertrages betrafen nur in den wenigsten Fällen Verbesserungen verhältnismäßig gleichgültiger Art; in den meisten Fällen waren es nur stilistische Korrekturen oder gar nur — Druckfehlerberichtigungen!

„Eine sich für zivilisiert ausgebende Nation“

Die Stimmung aller Anwesenden war nicht einmal niedergeschlagen. Denn die Mantelnote hatte uns aufgepeitscht. Landsberg schob die deutsche Uebersetzung beiseite und las die schlimmsten Stellen im Französischen vor, weil, wie er mit Recht behauptete, die Gemeinheit der sorgfältig abgewogenen Ausdrücke durch eine Uebersetzung nur verliere:

„Une nation se prétendant civilisée“ — „eine für sich zivilisiert ausgebende Nation“ — so wurde Deutschland titulierte.

„Sauvage et inhumaine“, „roh und unmenschlich“ habe Deutschland — natürlich nur Deutschland — den Krieg geführt.

Im U-Boot-Krieg, „dieser Herausforderung von Seeräubern“, seien die Passagiere der torpedierten Schiffe „auf Gnade und Barmherzigkeit den Winden und Wogen und, was noch viel schlimmer ist, den Besatzungen ihrer Unterseeboote ausgeliefert, dem Tode überantwortet worden“. („... et, pis encore, à la merci des équipages de leurs sous-marins.“)

„L'Allemagne a voulu, par le guerre, satisfaire sa passion pur la tyrannie“ — „Deutschland hat durch den Krieg seine Leidenschaft für die Tyrannei befriedigen wollen.“

„Les nation libres... et l'Allemagne“, „die freien Nationen einerseits... und Deutschland andererseits“ könnten noch nicht im gleichen Bund der Völker sitzen, zumal die deutsche Revolution „bisher keine Gewähr dafür bietet, daß die durch sie vollzogene Aenderung einen dauernden Zustand darstellt“.

„Die freien Nationen einerseits... und Deutschland andererseits“ — das schrieb Clemenceau im Namen jener Staaten, die jahrelang in der Hauptsache auf die Siege der zaristischen Heere gehofft hatten, das schrieb er im Namen von Völkern, die so frei waren, daß nicht einmal ihre Abgeordneten den offiziellen Wortlaut der Friedensbedingungen erfahren durften, das schrieb er u. a. im Namen des Königs von Siam... .

Die „Mordlandschaft“ von St. Quentin

Der echte Clemenceau: eine Gipfelleistung des Hasses, der aber schon zu senil ist, um wirklich leidenschaftlich zu sein, sondern nur noch kaltschnäuzig und böswillig ist. Mit demselben Haß, zugleich aber auch mit derselben glänzenden Feder hatte er sein Leben lang auch seine innere Feinde verfolgt: Jules Ferry, Laurès, Poincaré und neuerdings Caillaux

und Malvy. Wehe der Welt, die in einer historischen Zeit diesem Führer ausgeliefert war!

Landsberg las langsam vor, die häßlichsten Stellen skandierend. Rantzau erschien an der Schwelle des Raumes und hörte mit zusammengebißenen Lippen, Giesberts und Leinert hatten die deutsche Uebersetzung in Händen und schlugen immer wieder mit der Faust auf die Stuhllehnen. Wir alle waren rot vor Wut. Ueber die Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland ließ es, daß die Deutschen „eine barbarische Behandlung erlaubt haben, vor welcher die Völker unterster Kulturstufe zurückgeschreckt wären“. Ich dachte — wir fuhren gerade wieder durch die „rote Zone“ zurück — an die sechs Wochen zuvor selbst erlebten Szenen mit den deutschen Kriegsgefangenen... Ich ging wieder in ein Schreibmaschinenabteil zurück. Brockdorff-Rantzau hatte mich gebeten, irgend ein Schriftstück für seine Verhandlung in Weimar zu entwerfen. Ich tippte so gut oder schlecht es im rollenden Zuge ging. Nach einer Weile hielt der Zug. Ich sah zum Fenster hinaus. Es dämmerte. Wir hielten in St. Quentin. Der Anblick der ehemaligen Stadt um diese Stunde war gruselig-phantastisch. Der in der Ferne anbrechende Tag rang mit dem verbrannten Mondschein und aus dem Zwielicht ragten verbrannte Häuser- und Mauerreste gespensterhaft hervor, links im Hintergrund die zerschossene Kathedrale — eine Mondlandschaft im doppelten Sinne des Wortes.

Wieder einmal . . .

Nun ja: das eine erklärte bis zu einem gewissen Grade das andere. Wenn man die Deutschen in der primitiven Art die Clemenceau in der Mantelnote hinsichtlich der Kriegsschuldfrage anwandte, für ein Volk hielt, das diesen Krieg planmäßig vorbereitet und entfesselt hatte, wenn man sie obendrein als eine Horde von zerstörungslüsteren Barbaren hinstellte, die mutwillig Ruinen aufwühlten hatten, dann mußte allerdings der Anblick der verwüsteten Gebiete solche Haßausbrüche erzeugen. Dann war Clemenceau eben wirklich das Sprachrohr des französischen Volkes. Wenn dem aber so wäre, dann würden die Folgen nicht auszuenden sein. Dann wäre eine Völkerveröhnung auf Jahrzehnte hinaus unmöglich. Dann würde der französische Deutschenhaß einen deutschen Franzosenhaß gebären, den es bis dahin eigentlich gar nicht gab. Und dann würde eines mehr oder minder fernen Tages, den wir vielleicht gar nicht mehr erleben würden, die Entwicklung über unsere Köpfe hinwegschreiten und wieder einmal würde Volk wider Volk aufstehen, und Menschen, junge Menschen sterben, Häuser in Flammen aufgehen, Fabriken in Klumpen geschossen werden, hier oder am Rhein... Und diese Saat des Todes hätte ein Greis ausgestreut, der selbst an der Schwelle des Grabes stand...

Fazit des sechswöchentlichen Verzweigungskampfes

War es die Kälte der Morgendämmerung, war es dieser abscheuliche Gedanke im Anschauerte der toten Stadt St. Quentin, war es beides? Ich erschaute. An Weiterarbeit war nicht mehr zu denken. Außerdem war ich erschöpft. Ich begab mich in mein Schlafabteil. Längst war alles zu Bett gegangen — nur in zwei Coupés nebeneinander hörte man noch das Klappern von Schreibmaschinen. Darin sah ich durch das Fenster die beiden unermüdeten Arbeitstiere der Friedensdelegation, den Generalkommissar Dr. Simons und den Justiziar Geheimrat Gaus, die ihre Sekretärinnen unentwegt diktierten. Sie hatten die Aufgabe übernommen, für die Friedensdelegation und für das Reichskabinett eine vergleichende Uebersicht der ursprünglichen Bedingungen, der deutschen Gegenvorschläge und der endgültigen Antwort der Sieger auszuarbeiten. Sie haben damals zusammen diese ungeheure Arbeit in einer Nacht bewältigt. Das von ihnen verfaßte Dokument, das in dem später vom Auswärtigen Amt herausgegebene „Material betreffend die Friedensverhandlungen“ enthalten ist, stellt ein erschütterndes Resümee der fast völligen Nutzlosigkeit eines sechswöchentlichen Verzweigungskampfes um das Schicksal Deutschlands dar. Besonders die dritte Spalte ist meist leer — sie weist fast immer nur die Worte auf: „Abänderungen abgelehnt“, oder „auf unsere Gegenvorschläge geht die Antwort überhaupt nicht ein“.

In Köln: die Engländer

Als ich aufwachte, lag Belgien bereits hinter uns. Wir waren wieder auf deutschem Boden, im besetzten Gebiet, Belgische, französische Soldaten an jeder Bahnstation. Dennoch breitete sich ein unendlicher Friede über die Landschaft aus. Ich dachte daran, wie es hier in fünf Tagen zugehen würde, wenn wir abgelehnt hätten — denn für uns im Delegationszug gab es darüber keinen Zweifel, daß man ablehnen würde.

In Köln längerer Aufenthalt in den ersten Nachmittagsstunden. Die alliierten Offiziere, die uns seit Versailles begleitet hatten, schied von uns. Dann fuhren wir weiter. An der Grenze des besetzten Gebietes wieder länger Aufenthalt. Englische Wachtposten und Militärpolizisten schritten vor unseren Wagen auf und ab. Ihre Mienen waren von einer großartigen Gleichgültigkeit, als handelte es sich um einen x-beliebigen fahrplanmäßigen Personenzug. Nichts war hinter diesen Masken zu erraten, weder Haß, noch Sympathie, noch Spott, noch Neugier. Im Salon des Wagens Brockdorff-Rantzau war gerade eine Sitzung der Hauptdelegierten im Gange, in der das Gutachten der Delegation für das Reichskabinett und die Nationalversammlung beraten wurde. Franzosen, Belgier, Deutsche hätten sich zweifellos in gewisser Entfernung aufgestellt, durch die Fenster beobachtet, ihre Glossen gemacht, Eindrücke ausgetauscht. Die englischen Soldaten schwenderten einzeln oder zu zweien am Kai entlang, ohne den Kopf auch nur umzudrehen oder die Lippen zu lockern.

(Fortsetzung folgt)

Ein Prozeß um den „Dortmunder General-Anzeiger“

Der Zeitungsrab soll die Gerichte beschäftigen

Der Parteiführer Adolf Hitler begann seine Nacht-ergreifung mit Raub und Diebstahl. Nicht etwa, daß er kapitalistischen „expropriieren“ lieb: er hegte seine bewaffneten Schläger auf Arbeitergut. Kein Bank- und Börsenspekulant, kein Großgrundbesitzer brauchte um sein Gut zu bangen. Dagegen wurden zahllose Arbeiterwohnungen gestürmt, demoliert und zerstört. Gefront wurde der Deutzeug durch den Raub der Arbeiterpresse, ihrer Maschinen und ihrer Häuser, soweit Banditismus nicht schon vorher alles kurz und klein geschlagen hatte.

Nur in einem einzigen Falle setzten sich die Leute Hitlers auch in den „Besitz“ einer kapitalistischen Zeitung. Wie sie das taten, ist bezeichnend. Der „Dortmunder General-Anzeiger“ brachte eines Tages ein Bild des Reichskanzlers Adolf Hitler, gezeichnet von dem sehr bekannten Berliner Stumpff. Ein Maler, der tausende Männer und Frauen des öffentlichen Lebens gezeichnet hat. Er gab sich alle Mühe, aber er konnte beim besten Willen den Kopf des deutschen „Führers“ nicht wesentlich anders zeichnen, als er ist. Die Zeichnung erhielt übrigens die hohe obrigkeitliche Genehmigung und Hitler selbst, der Herrn Stumpff gefesselt hatte, war offensichtlich, wie immer, mit sich selbst zufrieden.

Als aber der „Dortmunder General-Anzeiger“ das Bild brachte, schäumten die Dortmunder Nazibanden vor Wut. Ober taten doch so. Nun hatten sie den „General“, auf dessen Gebäude und Maschinen sie es längst abgesehen hatten. Das Blatt wurde langfristige verboten. Man setzte den geängstigten Besitzern, die sich schon im Konzentrationslager sahen, alle Nazispitzen auf die Brust und zwang sie, Gebäude und Maschinen und sonstige Einrichtung zu „verkaufen“. So rüch-sichtsvoll waren Hitler und die Seinen, daß sie den Kapitalisten immerhin einige Millionen bezahlten. Nur Arbeitereigentum nahm man ohne Entschädigung weg. So will es der „deutsche Sozialismus“, Patent Adolf Hitler.

Die früheren Besitzer des „Dortmunder General-Anzeigers“ unterschrieben den erprehten Vertrag, warteten einige Monate, und dann reichten sie Zivilklage ein. Und nun beginnt die Sache erst interessant zu werden, wie folgende Kundmachung „In eigener Sache“ zeigt, die in der „Westfälischen Landeszeitung“ (so firmiert jetzt der „Dortmunder General-Anzeiger“) erscheint:

Die Gerüchte um die „Westfälische Landeszeitung / Rote Erde“

Von interessanter Seite wird, besonders in Dortmund, das Gerücht verbreitet, die Berliner Gruppe Krüger-Dasen-clewer als frühere Besitzer des Dortmunder General-Anzeigers hätten eine gegen den parteiamtlichen Gauverlag der „Westfälischen Landeszeitung — Rote Erde“ angehängten Prozeß gewonnen. Die „Westfälische Landeszeitung — Rote Erde“ sei verurteilt worden, 8 Millionen Reichsmark als Kaufpreis nachzugeben. Zur Deckung dieser Summe würden die Sonderbeiträge der nach dem 30. Januar 1933 eingetretenen Parteigenossen herangezogen.

„Gerüchte“ sind augenblicklich in Deutschland die beliebteste Methode aller Dummköpfe, Staatsfeinde und Vandalen. Es erübrigt sich daher eigentlich die besondere Feststellung, daß diese Gerüchte um die „Westfälische Landeszeitung — Rote Erde“ unwahr sind. Wir warnen vor Weiterverbreitung! Wir erklären jeden, der sich diese Gerüchte zu eigen macht, als Mitschuldigen an der von der Gruppe Krüger-Dasen-clewer indirekt verursachten Ermordung 18 westfälischer Nationalsozialisten. Die Autorität der Bewegung wie die Machtmittel des Staates werden rücksichtslos gegen solche Schädlinge eingesetzt werden. Die nationalsozialistische Presse ist ein Teil der Gesamtbewegung und darf nicht ungestraft beleidigt oder verleumdet werden.

Parteigenossen, Leserkreis und Geschäftswelt haben Anspruch darauf, den wahren Sachverhalt zu erfahren und klar zu sehen. Wir erklären daher folgendes:

Die früheren Gesellschafter (Geschäftsteilhaber) und der frühere Geschäftsführer des Dortmunder General-Anzeigers haben neun Monate nach dem Verkauf die Rechtsgültigkeit des Vertrages, durch den der damalige General-Anzeiger auf die nationalsozialistische Bewegung übertragen, bekräftigt. Nachdem sie schon eine Abfindung im Betrage von rund 2.800.000,— Reichsmark eingestrichelt haben, fordern sie in einer von den Anwälten Spiecker und Foller eingereichten Klage weitere

8 Millionen Reichsmark.

Außerdem wünscht Herr Bernhard Dasenclewer auf Lebensdauer eine Pension von jährlich 67.000,— Reichsmark, die Herren Gustav und Rudolf Krüger wollen sich jährlich mit 45.000,— Reichsmark begnügen! Eine der Gesellschafterinnen, Frau Witwe Richter in Bln., fordert Fortzahlung einer Jahrespension im Betrage von 30.375 Reichsmark! Auch werden von der G. L. Krüger G. m. b. H. (Dortmunder Zeitung) Druckaufträge von jährlich 157.000,— Reichsmark verlangt.

Diese „Klage“ der Gruppe Krüger-Dasen-clewer ist bis heute vor seinem deutschen Gericht zur Verhandlung gekommen.

Die Herrschaften berufen sich darauf, daß noch in den Jahren des wirtschaftlichen Niederganges 1929, 1930, 1931, 1932 der durchschnittliche Jahresertrag des General-Anzeiger-Unternehmens etwa 920.000,— Reichsmark betragen habe. Die Herren Krüger und Dasenclewer waren also Großverdiener geblieben in einer Zeit, als das gesamte deutsche Volk zusehends verelendete. Die erbärmliche Heide des General-Anzeigers hatte sich also gut rentiert.

Selbsterklärend verbietet es uns unser nationalsozialistisches Verantwortungsgefühl und unser Rechtsverständnis, dieser Forderung eine andere Behandlung zuteil werden zu lassen, als daß wir sie hiermit zur Kenntnis der Öffentlichkeit bringen.

„Alles vergessen und nichts hinzugefügt“ — mit diesen Worten wird wohl das mildeste Urteil über den neuen Fall Krüger-Dasen-clewer ausgesprochen. Diese Forderungen können in einer Zeit, die den Ausdruck des Führers: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ zum stillen und wirtschaftlichen Imperativ erhoben hat, nur als

makellose Provokation

empfunden werden. Die früheren General-Anzeiger-Gesellschafter fordern heute — eininhalb Jahre nach der nationalsozialistischen Revolution! — als Prämie dafür, daß sie jahrelang mit den Mitteln und den Möglichkeiten der großen Tageszeitung den Kampf gegen die nationale und sozialistische Erhebung unseres Volkes und ganz besonders gegen Adolf Hitler, den Schöpfer des neuen Deutschland, geführt haben, eine weitere Liebesgabe von 8 Millionen Reichsmark, und jeder für sich noch dazu eine Jahresrente, von der fünfzig Familien leben können!

Der parteiamtliche Gauverlag Westfälische Landeszeitung arbeitet heute nur für die Bewegung und die Volksgemeinschaft. Die neue Geschäftsleitung bezieht sich z. B. mit noch nicht einmal 1 Prozent von den Bezügen, die die am 24. April abgetretene Geschäftsführung hatte.

Wer jetzt die Forderung erhebt, daß die 2000 Werksangehörigen der „Westfälischen Landeszeitung — Rote Erde“ in alle Zukunft nur noch für die Familie Krüger arbeiten sollen — und darauf läuft die Klage hinaus — hat damit zum zweiten Male jedes Recht verweigert, auch nur indirekte Beziehungen zu einer deutschen Zeitung zu haben.

Wir freuen uns darauf, daß den Herren Dasenclewer, Krüger und Genossen von einem deutschen Gerichtshof diese von dunklen Gerüchtemachereien begleitete Aktion als das bezeichnet wird, was sie ist:

als die nackte Profitgier des Geldsacks!
Gauverlag Westfälische Landeszeitung — Rote Erde.

Es ist natürlich ganz richtig, daß die 2000 Werksangehörigen nicht für die „Familie Krüger“ zu kaufen brauchen. Ebenso richtig ist allerdings, daß der „Sozialismus“ nicht darin besteht, eine kapitalistische Familie zu enteignen, um einige hochbezahlte Bonzen mit Luxusautos und Villen zu bereichern. Sozialistisches Ziel ist es, alle großen Produktionsmittel zugunsten der Gesamtheit zu enteignen und gemeinnützig arbeiten zu lassen.

Was in Dortmund geschah, hat mit Sozialismus sozial zu tun wie der Schinderhannes mit Karl Marx oder Adolf Hitler mit Ferdinand Lassalle.

Wir sind gespannt, wie die Gerichte sich aus der Affäre ziehen werden.

„Eugen Meier weigerte sich ...“

Jetzt wird er an den Schandpfahl gestellt

Rürnberg, den 9. Oktober 1934.

Julius Streicher, des Reichspräsidenten Hitler intimer Freund, gibt außer dem „Stürmer“ auch die „Fränkische Tageszeitung“ heraus. In der Nummer dieser Zeitung vom 1. Oktober finden wir unter der Überschrift „Am Schandpfahl“ ein Musterbeispiel brauner Hege gegen politisch Andersdenkende.

In Nürnberg hatte die Ortsgruppe des Reichsluftschutzbundes eine Gedächtnisfeier abgehalten und zu diesem Zweck verlangt, daß der Kaufmann Eugen Meier von der Firma Meier u. Co. — übrigens ein reiner Arbeiter — sein Haus zur Luftschutzübung zur Verfügung stelle. Meier hatte sich geweigert und wird darauf in der „Fränkischen Tageszeitung“ in folgender Weise angeprangert. Die Anprangerung geschieht durch Streichers Stellvertreter persönlich.

Wenn die Männer des Reichsluftschutzbundes, die fast alle ehrenamtlich tätig sind, eine Übung abhalten, so hat ihnen jedes Gebäude zur Verfügung zu stehen. Es ist eine Ehre für jeden Hausbesitzer und er hat stolz darauf zu sein, wenn die Übung an seinem Hause vorgenommen wird.

Herr Eugen Meier von der Firma Georg Josef Meier u. Co. (Kolonialwaren) denkt anders. Die „Fränkische Tageszeitung“ berichtete:

1. Eugen Meier weigerte sich, sein Haus für eine Luftschutzübung zur Verfügung zu stellen.
2. Er erklärte, wenn die Stadt zu diesem Zweck Häuser brauche, so solle sie solche bauen.
3. Er erklärte den Reichsminister Göring eingereichten Luftschutz für einen vollkommenen Blödsinn.
4. Er ist dies alles auf einem niedrigen und gewinnstüchtigen Grunde. Die Stadt hätte ihm nicht gestattet, eine Firmenliste anzubringen, weil durch sie das Straßenschild verunziert worden wäre.

Eugen Meier will also, daß die Frauen und Mädchen, die Kinder, die Säuglinge in der Menge, kurz, daß die wehrlose Zivilbevölkerung schuldlos der fürchterlichen Luftangriffe preisgegeben wird.

Eugen Meier beging mit dieser Handlungsmethode ein Verbrechen an der Volksgemeinschaft. Er gehörte an den Schandpfahl gestellt und der öffentlichen Achtung preisgegeben. Sein Verhalten ist als ein so erbärmliches und gemeines zu bewerten, als gerade die Firma Georg Josef Meier u. Co. den allerwenigsten Grund hat, sich über das nationalsozialistische Deutschland zu beschweren. Durch den Kampf der Nationalsozialisten wurde ein großer Teil

Zuchthaus! Zuchthaus!

Die Rache der Barbaren

Berlin, 11. Oktober.

Hauptpunkt der Anklage vor dem 4. Strafsenat des Kammergerichts war ein Pauderanatenanschlag auf das S.A.-Lokal in der Goethestraße 14 am 9. Februar 1933. Angeklagt waren der 34jährige Ernst Brandenburg, der 30jährige Gustav Drenkow, der 25 Jahre alte Otto Redner, der 24jährige Max Jacob, der 20 Jahre alte Herbert Krüger und der 24jährige Fritz Meyer. Allen Angeklagten, mit Ausnahme von Krüger, wurde Vorbereitung zum Hochverrat, begangen in der Zeit von Oktober 1932 bis Mai 1933, vorgeworfen, den Angeklagten Brandenburg Drenkow und Redner außerdem noch Sprengstoffverbrechen, Redner und Jacob allein ferner Sprengstoffkomplot und Mordversuch. Gegen Krüger lautete die Anklage auf Unterlassung der Anzeige eines Sprengstoffverbrechens.

Brandenburg, der sich am stärksten mit der Beschaffung von Sprengstoff betraf, wurde zu acht Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Drenkow bekam fünf Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, Fritz Meyer sechs Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, Krüger ein Jahr Zuchthaus. Redner, der zusammen mit Jacob den Pauderanatenanschlag auf das S.A.-Lokal verübte, wurde wegen politischer Delikte mehrmals bestraft, wurde zu fünf Jahren Zuchthaus und acht Jahren Ehrverlust verurteilt. Jacob zu zwölf Jahren Zuchthaus und acht Jahren Ehrverlust verurteilt.

Die Gestapo hat die letzte Nummer des „Manchester Guardian“ wegen eines Artikels über den bevorstehenden Prozeß gegen Thälmann beschlagnahmt. Gleichzeitig wurden die „Times“ vom Samstag beschlagnahmt, und zwar wegen einer Nachricht über die Verurteilung eines Nazi-Putschisten in Wien. Dies ist der fünfte Fall innerhalb von sechs Wochen, daß die konservative englische Zeitung von der Gestapo beschlagnahmt wurde.

Kampf gegen Müller geht weiter

In Württemberg und in Bayern

Hunderttausend Protestanten Württembergs haben eine neue Vertrauensfundgebung zugunsten ihres disziplinierten Bischofs Sturm unterzeichnet. Auf dieser Liste standen bereits von den 1220 evangelischen Geistlichen des Landes 980. Aber nicht genug damit: die evangelische theologische Fakultät der Universität Tübingen hat mit Ausnahme eines außerordentlichen Professors eine Kundgebung beschlossen, worin sie sich für Sturm erklärt und den Willkür der Berliner Zentralkirchenregierung verurteilt. In Tübingen ist, was einige Wichtigkeit besitzt, die Zahl der Studierenden der evangelischen Theologie besonders groß. Im letzten Sommersemester studierten in Tübingen 760, an allen übrigen Universitäten des Reichs 5577 Theologen. Interessant ist an dieser Statistik auch der Rückgang in der Gesamtzahl der Theologiestudenten, die vom Winter bis zum Sommersemester mit einem Schloge von 7146 auf 6370 gefallen ist, was sich durch den numerus clausus und die Arbeitsdienstpflicht erklärt.

Weiter den Landesbischof ist durch den Kommissar der Reichskirchenregierung ein Redeverbot verhängt worden.

Auf etwas größeren Widerstand stößt die Berliner Diktatur in Bayern. Der Landesbischof Meier wird vor allem von Reichsstatthalter v. Epp gehalten. Der geplante Gewaltstreik, konnte daher in Bayern bisher nicht durchgeführt werden.

„Eugen Meier weigerte sich ...“

Jetzt wird er an den Schandpfahl gestellt

deutscher Volksgenossen aus den Warenhäusern heraus, und seinem Geschäft zugeführt. Die nationalsozialistische Arbeiterschaft bewirkte, daß sich auch der Umsatz bei Georg Josef Meier ständig erhöhte. An den Reichsparteitag hatte diese Firma gewaltige Tageseinnahmen erzielt. Sie wurde darüber hinaus sogar mit Lieferaufträgen für den Reichsparteitag und für die NS-Volkswohlfahrt bedacht.

Die Nürnberger Bevölkerung weiß, welche Antwort sie auf eine derart niedrige Bezahlung zu geben hat. Die Nürnberger Bevölkerung weidet die Verkaufsläden der Firma Meier u. Co. Sie verachtet diejenigen, die es fertig bringen, den Fuß über die Schwelle seines Hauses zu setzen und sich dadurch mit ihm und seiner volkverräterischen Bezahlung solidarisch erklären. Die Nürnberger Bevölkerung handelt nach dem Grundsatz:

Wer sich an der Volksgemeinschaft veründigt, wird durch die Volksgemeinschaft gestraft und gerichtet.

Karl Holz.

Die Drohung Streichers hat gewirkt und dem „freien“ Bürger des Konzentrationslagers „Drittes Reich“ wurde folgende „Erklärung“ abgeprecht, die die „Fränkische Tageszeitung“ triumphierend in großer Aufmachung bringt:

„Ich habe in einer mir heute völlig unerklärlichen Bestimmung der Dinge vor wenigen Tagen mich geweigert, mein Haus am Adolfs-Hilfer-Platz zu einer Luftschutzübung zur Verfügung zu stellen. Ich habe mich dabei abfällig gegen den Reichsluftschutzbund geäußert.“

Ich sehe ein, daß ich mich damit in schwerer Weise gegen die Volksgemeinschaft vergangen habe. Ich bedauere es, daß ich es getan habe und bitte um Entschuldigung.“

Nürnberg, den 1. Oktober 1934.

gez.: Eugen Josef Meier.

So hat die Hitler-Streicher-Berechtheit wieder einmal einen Sieg über einen Wehrlosen davongetragen. Heil Hitler!

Hitler baut — Das Volk zahlt

Der Stadtrat von Rosenheim in Bayern hat beschlossen, an allen Neubauten, die seit der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus in Rosenheim entstanden sind, eine Last anzubringen mit den Worten „Erbaut durch Adolf Hitler“. Vorerst gilt die Anordnung für die städtischen Neubauten.

Görings Popularität

Berlin, 9. Okt. (Jupreh). Ein eigenartiger Vorfall in den „Deutschen Werken“ in Spandau, der außerordentlich typisch für die Stimmung in der deutschen Arbeiterkassette ist, wird seit einigen Tagen in Berlin von Mund zu Mund erzählt. In der genannten Spandauer Fabrik gingen eines Morgens plötzlich zwei Puppen in einer der großen Werkstätten. Die eine stellte „Carmilla-Hermann“ in Uniform dar, die andere einen Schloffer in Arbeitstracht, der mit dem Finger auf die Göring-Puppe wies und die Inschrift trug: „Ihr lebt in Saub und Braus und wir können uns vor Hunger aufhängen.“ Gleich darauf erloschen die Gestapo und sperrte den ganzen Betrieb ab so daß die zweite Schicht nicht zur Arbeit antreten konnte. Trotz mehrerer Verhaftungen konnten die Täter nicht ermittelt werden.

Zuschlag zur Lohnsteuer

Mitgliedsbeitrag für die „Deutsche Arbeitsfront“

In einer Mitteilung des Reichswirtschaftsministers und Reichsarbeitsministers heißt es:

„Einzelne Betriebe haben sich bereit erklärt, die Beiträge der Mitglieder der Gesellschaft zu: die Deutsche Arbeitsfront durch die Betriebsbüros mit einzuzahlen. Diese Bereitwilligkeit wird begrüßt. Die übrigen Führer der Betriebe werden gebeten, zu prüfen, ob sie in der Lage sind, aus freiem Entschluß diesen Vorbildern zu folgen und die verhältnismäßig geringen Mühen und Kosten, die mit der betrieblichen Einziehung der freiwilligen Beiträge verbunden sind, auf sich zu nehmen.“

Wenn diese Praxis allgemein wird, so ist von den Gewerkschaften in Deutschland nichts übrig geblieben als — ein neuer Zuschlag zur Lohnsteuer, den die Arbeiter zu tragen haben. Aber warum diese Ausschaltung der unteren Organe der Arbeitsfront? Ist es die Folge der Massenformierung, haben sie so viel gestockt, daß der Oberkorruptionist Ley diese unerbetene Konkurrenz ausschalten will?

Das genügt

Verlängerungen in Wöllersdorf

Wien, 10. Oktober. Unter den in Wöllersdorf festgehaltenen Sozialdemokraten befindet sich eine größere Zahl, deren Haft nach der ursprünglichen über sie verhängten Verfügung am 1. Oktober ablaufen sollte. Nachdem sie in heftiger Erwartung diesem Endtermin entgegengeheißt hatten, erhielten die meisten von ihnen am 3. Oktober die Verständigung, daß ihre Haft verlängert worden sei, und zwar in den meisten Fällen bis 3. November oder 31. Dezember. Ein Grund für diese Verlängerung wird nicht angegeben. Offenbar gehört diese Maßnahme zu der von der Regierung oftmals angefügten „Verdämmung“.

Hatgrund: Gefinnung. Gleichzeitig werden immer noch neue Verbote von Sozialdemokraten und Sozialdemokraten und Verbote ihrer Parteimitglieder ins Konzentrationslager eingeliefert. Wohl der aufregendste Fall der letzten Zeit ist der des ehemaligen Sekretärs des Arbeiterpartei-Verbandes, Hans Wohlgemuth. Er wurde vor kurzem verhaftet und da ihm gar nicht nachgesehen werden konnte, einfach nach Wöllersdorf geschickt, mit der Begründung: „Seine sozialistische Gefinnung ist allgemein bekannt“. Das genügt, um auf drei Monate ins Konzentrationslager zu kommen!

Heißes Eisen für Papen

Der deutsche Gesandte v. Papen, der schon am Freitagmorgen im Bundeskanzleramt erschienen war, hat am Samstag seinen Besuch bei Reichspapst Pius XI. in der Vatikanstadt gemacht. Die „Reichspost“ stellt fest, daß v. Papen seine Demarche wegen der Brautwerbung bei der Bundesregierung unternommen hat.

Starhemberg auf Zwangsurlaub

Wien, 10. Okt. (Kuprek.) Die amtliche Nachrichtenstelle der österreichischen Regierung meldet, daß Starhemberg einen „Erholungs- und Jagdurlaub“ von mehreren Monaten angetreten habe. Wir haben in den letzten Tagen wiederholt auf die immer schärfere Zuspitzung der Gegensätze innerhalb der österreichischen Regierung zwischen Heimwehren und Schulzwing hinweisen. Der gleich mehrmonatige „Jagdurlaub“ Starhembergs bedeutet offenbar die faktische Abhängigkeit des Heimwehrführers, der sich immer wieder hartnäckig den Schulzwingenden Verhandlungsversuchen mit Reinthaler, dem Führer der österreichischen Nazis, widersetzt hat. In diesem Zusammenhang ist auch auf Gerüchte über einen Heimwehr-Putsch hinzuweisen, die seit einigen Tagen in Wien kursieren und die die Regierung offenbar so ernst nahm, daß am 5. Oktober bereits in aller Stille Bundesstruppen aus der Provinz nach Wien geschickt wurden.

Presse-Waffenstillstand Wien-Berlin

Wien, 10. Okt. (Kuprek.) Sämtliche österreichische Zeitungen haben Geheiminstruktionen der zuständigen Behörden erhalten, bis auf weiteres jeden Angriff gegen Hitlerdeutschland einzustellen. Die heutige Morgenpresse hat sich bereits strikt an die neue Linie gehalten.

Tschechische Nazis

Prag, 10. Okt. (Kuprek.) Nach der Auflösung der tschechischen Nationalpartei wurde gegen ihre vier Führer, die Abgeordneten Jung, Šaufler, Kasper und Krebs, ein Verbot auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik erlassen. Krebs gelang es, nach Deutschland zu flüchten. Seine drei Kollegen wurden verhaftet. Jetzt haben die drei Nationalführer ein gemeinsames Mandat an den Präsidenten der Republik gerichtet.

Pariser Berichte

Trauerkundgebung der deutschen Emigranten in Paris

Der deutsche Klub, die Zentrale aller nichtgleichgeschalteten Deutschen in Paris hatte am Dienstagabend zu einem Aussprache-Abend über „Die jüdische Emigration“ mit Georg Bernhardt als Redner eingeladen. Bevor dieser aber seine Ausführungen begann, konnte der Korrespondent der „Deutschen Freiheit“ im Auftrage der Klubleitung mit Schmerz und Mitgefühl der Trauer Ausdruck geben, die mit allen Franzosen auch die deutschen Emigranten in Frankreich erfüllt. Sie wissen, welch schweren Verlust durch den Tod von Barthou die Sache des Friedens erlitten hat. Die von hunderten von deutschen Landsleuten besuchte Versammlung hätte sich bei den Worten des Redners von den Plätzen erhoben und lauschte in eindrucksvollem Schweigen seinen Ausführungen.

Deutscher Klub

Samstag, den 13. Oktober, um 21 Uhr: Geselliges Beisammensein mit Tanz. Gäste willkommen. Eintritt für Mitglieder frei. Für Gäste 5 Franken (Stellungslöse 3 Franken). Die Adresse des Deutschen Klubs lautet: Salons Le Pérystyle, 31 bis, Rue Vivienne, Paris 2 (Metro Bourne). Der Deutsche Klub ist der Treffpunkt aller Nichtgleichgeschalteten.

Messersilber

Die neunzehnjährige Marie-Louise Reby aus Vincennes bei Paris hatte mit einem 33-jährigen Italiener Aurelio Thioceoli in Fontenay, einem Pariser Vorort, zusammengelebt, sich aber dann geweigert, dieses Zusammenleben fortzusetzen. Daraufhin verlegte Aurelio das Mädchen mit vier Messersilber, von denen einer in den Unterleib ging. Dann kehrte er die Waffe gegen sich selbst und brachte sich in der Herzogend und am Halse Verletzungen bei. In bedenklichem Zustande wurde das Mädchen ins Krankenhaus überführt. Der gewalttätige Liebhaber, dessen Zustand weniger gefährlich ist, wurde im Krankenhaus vernommen, wo er sich weigerte, für seine Gewalttat eine Erklärung abzugeben.

Eine Odyssee

Der Gendarmereiposten in Angoulême erhielt am Montagmorgen den Besuch eines 50-jährigen Mannes, der seine Verhaftung verlangte. Es handelte sich um einen Kriegsdesserteur, der eine seltsame Odyssee durchgemacht hat,

Mussolini gegen Judenverfolgungen

Rom, 10. Okt. (KTA.) Der italienische Rundfunk verbreitete vor einigen Tagen eine Erklärung über die Lage der Juden in Italien, die, wie man allgemein annimmt, vom Regierungschef Benito Mussolini persönlich inspiert worden ist. In der Erklärung, in der auch direkt auf die Stellung des Duce zur Judenfrage und zu der Behandlung der Juden in Deutschland Bezug genommen wird, heißt es:

Die Juden in Italien erfreuen sich der gleichen Rechte wie alle anderen Staatsbürger und haben daher die gleichen Pflichten wie alle Italiener. In Italien hat man einen Antisemitismus nicht gekannt und auch heute besteht hier kein Vorurteil gegen die Juden. Im Gegenteil, die Juden haben sich als treue und zuverlässige italienische Staatsbürger bewährt, sie haben im Kriege tapfer an der Seite ihrer italienischen Kameraden gekämpft. Sie werden deshalb wie alle anderen Staatsbürger zu den höchsten Stellen der Verwaltung des Staates und der Armee herangezogen. Die höchsten Würden sind den Juden in Italien nicht verweigert, so gehören sie auch der italienischen Akademie an. Die Juden Italiens haben ein hart ausgeprägtes Vaterlandsgelübte und sind treue Anhänger des Faschismus, der seine Rassen-theorie kennt.

In der Erklärung wird dann auch auf die Lage der Juden in Deutschland Bezug genommen und gesagt: In Deutschland hat man an jeder für alles Unheil die jüdische Minderheit verantwortlich gemacht und sie als Sündenbock hingenommen. In diesem Bewußtsein hat man sich sogar eine Rassen-theorie zurecht gelegt, nach der die „Arier“ turmhoch über den Juden stehen, abseits gerade Gobineau, auf den die Rassenfanatiker sich berufen, schickelte, daß die Juden die reinste Rasse darstellen. Wiederholt hat der Regierungschef Mussolini darauf hingewiesen, daß den Juden in Deutschland das allergrößte Unrecht angetan werde.

Zum Schluß wird in der Erklärung der nationalsozialistische Rassenwahn als ungerade, unwissenschaftlich und absurd abgelehnt; solche Gedankengänge werden als eines Italieneres unwürdig bezeichnet.

Ehereform in Belgien

Ehebruch kein dauerndes Ehehindernis mehr

Die belgische Kammer hat nun einen vom Senat schon früher angenommenen Gesetzesentwurf angenommen, wonach der Ehebruch nicht mehr ein dauerndes Ehehindernis bilden wird. Nach dem neuen Gesetz können die geschiedenen Gatten nach drei Jahren mit dem Partner des Ehebruchs die Ehe eingehen.

In den älteren Gesetzen der meisten europäischen Staaten findet sich noch die Bestimmung, daß es dem ehebrecherischen Ehegatten auch nach der Scheidung unmöglich sein soll, den „Schuldigen“ oder die „Schuldige“ zu heiraten. Der Gedanke war, daß der „Verbrecher“ nicht noch zum Lohn dafür, daß er eine Ehe zerstört habe, die „Verführte“ oder den treulichen Ehemann soll heiraten dürfen. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß Ehebruch viel öfter die Folge als die Ursache einer zerrütteten Ehe ist, und daß dieses Verbot — weit entfernt davon, etwa Ehebrüche zu verhindern — sehr oft dazu geführt hat, daß sich Liebespartner verheirateter Frauen ihren Pflichten entziehen konnten und daß die Kinder nie zu ihren Vätern gegen ihren wirklichen Vater gekommen sind. — Ob die drei Jahre „Bewährungsfrist“ zweckmäßig sind und nicht viel eher eine Gefahr für die rechtsunpbedürftigen Frauen darstellen, das soll die Erfahrung lehren.

Gilles Métayer, der in Angoulême im Jahre 1882 geboren wurde, hatte sich im Jahre 1904 für fünf Jahre heim 5. Afrikanischen leichten Infanterieregiment in Gabes verpflichtet und wurde dann auch im Oktober 1909 aus dem Militärdienst entlassen. Bei Ausbruch des Krieges kam er zum 107. Infanterieregiment in Algier, wo er etwa vier Monate blieb. Als er dann nach Frankreich kam, wurde er mit den 16. Jägern an die Front geschickt. Hier wurde er verwundet und ging dann wieder nach seiner Heilung zu seinem Regiment bei Mourmelon-le-Petit. Am 23. September 1915, als er nach einem heftigen Kampf vollkommen entnervt war, desertierte Métayer mit einem anderen Soldaten, dessen Namen er nicht kennt.

Einem toten Belgier hatte er vorsorglich sein Soldbuch wegenommen, und dieser Wechsel seiner Persönlichkeit hatte

Roulette

Chefdealer bietet absolut sichere Gewinnchance
Sfr. 100 ergeben ein tagl. Benefiz von Sfr. 25.—
Sfr. 300 ergeben ein tagl. Benefiz von Sfr. 125.— usw.

Wer steht oder stand in Geschäftsverbindung mit der Bankfirma
Layton Bussel & Co., Ltd.
Amsterdam C, Hoeresgracht 530
oder deren Vertretern Aichinger und Buchmann? Wichtige Aufklärungen. Diskussions zugewandt. Angebot unter Chiffre 1181 an die „Deutsche Freiheit“ Saarbrücken

es ihm zweifellos ermöglicht, daß er niemals festgenommen wurde, hielt man ihn doch für tot. Eine Zeitlang hielt er sich in Proyes versteckt, dann fünf Monate in Saarlouis. Nachdem er hierauf mehrere Monate in Le Havre zugebracht hatte, kehrte er in die Hauptstadt zurück und tat in der belgischen Handelsmarine mehrere Jahre an Bord der „Butterfly“ Dienst. Als seine Tätigkeit beendet war, kehrte der Deserteur nach Le Havre zurück, wo er aus einer Kameradschaftliche Vater eines Kindes wurde. Wie zuvor war er immer noch belgischer Untertan. Bei seiner Arbeit nun erlitt er einen Unfall, infolgedessen ihm eine Pension von 475 Franken zuerkannt wurde.

Ende 1929 wollte Métayer die Stadt Angoulême wiedersehen. Er begab sich zu seinem Bruder, der ihn zu ihrer Mutter brachte, die noch in Angoulême wohnt. Die arme Frau weigerte sich, ihn anzuerkennen, in der Überzeugung, daß ihr Sohn gefallen sei. Sie trug seinetwegen Trauer, bezog die Verwandtenpension und hatte die Kriegsmédaille und das Kriegskreuz erhalten.

Métayer wurde auf freien Fuß gelassen.

305 000 Juden in Palästina

Bereits 25 Prozent der Gesamtbevölkerung

Jerusalem, 8. Okt. (KTA.) A. Dobbin, einer der Führer der Histruthi Haowdim (Allgemeiner Arbeiter-Verband Palästinas), teilt der jüdischen Telegraf-Agentur mit, daß er auf Grund der neuesten statistischen Feststellungen und Schätzungen zu dem Schluß gekommen ist, daß Ende 1934 in Palästina rund 305 000 Juden leben und 25 Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes ausmachen werden.

Tel Aviv, 8. Okt. (KTA.) Wie von der Stadtverwaltung Tel Aviv festgestellt wird, hat sich die Bevölkerung dieser rein jüdischen Stadt in den letzten drei Jahren mehr als verdoppelt, sie zählt heute etwa 102 000 Seelen, während sie nach der Volkszählung im November 1931 im ganzen rund 46 000 Seelen zählte. Die Riser 102 000 schließt nicht die jüdischen Gemeinden in Jaffa, Beit Sagan und in anderen anschließenden Orten, die in Zukunft Teile von Groß-Tel Aviv bilden werden, ein. Die Judenheit von Tel Aviv macht etwa ein Drittel der jüdischen Gesamtbevölkerung Palästinas aus, die sich in den letzten drei Jahren um etwa 130 000 Seelen vermehrt hat.

Jerusalem, 8. Okt. Das endgültige Ergebnis der Stadtratswahlen in Jerusalem liegt nun vor; danach werden im Stadtrat sechs Juden (nicht, wie anfänglich gemeldet, fünf) und sechs Araber sitzen. Drei der jüdischen Stadträte wurden, weil ohne Opposition, schon vor dem Wahlgang als gewählt erklärt, die drei anderen wurden auf der gemeinsamen jüdischen Liste gewählt. Die sechs jüdischen Stadträte sind: Der Vorsitzende der Raad Yemmi Isaac Ben Jai, das Mitglied der Exekutive des Raad Yemmi Abraham Elmalch, Daniel Kuter, Samuel Ende, Joseph Schmalzwill und Snam Solomon. Außer den gewählten sechs Juden und sechs Arabern wird die Regierung gemäß der neuen Municipal Ordinance weitere zwei Stadträte von sich aus ernennen.

Ein gelungener Streich

In Ergänzung einer schon von uns gebrachten Meldung schreibt uns n. B. aus London:

Die Deutsche Botschaft in London mußte es sich Montagmorgen gefallen lassen, daß ein englischer Polizeibeamter in höflichem Ton fragte, aus welchem Grunde sie mit einer kommunistischen Kabale befaßt habe. Die Vertretung der deutschen Beamten war nicht gerina, als sie am Morgen nach der Botschaft eine rote Kabine mit der Aufschrift „Freiheit Thälmann!“ weichen sahen. Mit größter Eile wurde die Kabine eingezogen, nachdem Tausende von Passanten sie gesehen und sich das ihre dabei gedacht hatten.

Die Polizei konnte feststellen, daß ein Gebäude unmittelbar neben der deutschen Botschaft leer steht. Unter dem Vorwand, es beschließen zu wollen, habe ein Antifaschist Zutritt verlangt und war dann über die Dächer zum Flaggmast der Botschaft geklettert. Auf dem gleichen Wege war er dann zurückgekehrt und mochte dann auf der Straße einige Passanten auf die eigenartige Flagge aufmerksam. In wenigen Augenblicken hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, die erregt über die Rechtsmethoden im „britischen Reich“ diskutierten. Zwei Abordnungen, die die Freilassung Thälmanns forderten, waren bei der Deutschen Botschaft nicht vorgelassen worden, so daß man nun zu diesem Mittel gezwungen hatte, um gegen die gefegwidrige Ginterferenzen überzeugungstreuer Deutschen zu protestieren.

Der Erlola war durchschlagend: eine Stunde später riefen die Zeitungsredaktionen Sonderausgaben aus „Standal bei der Deutschen Botschaft“, „German Embassy Sensation“, „Shock for German Embassy“. Durchweg wurde darauf hingewiesen, daß die Deutsche Botschaft Deputationen nicht empfangen wolle, und daß die Ginterferenzen Thälmanns und anderer Antifaschisten seit der Machtübernahme der Nazis ein beispielloses Unrecht sei, das einem zivilisierten Staat unwürdig ist. Die Zeitungen wurden den Verkäufern fast aus der Hand gerissen, und bis in die späten Nachstunden beschäftigte sich ganz London mit dem Fall Thälmann.

BRIEFKASTEN

„Saarbrücker Zeitung“. So tut uns sehr leid. Unter Briefkasten ist im allgemeinen für kurzweiligere Dinge da, als für Polemiken mit diesem Blatt. Aber nun ist seine Blamage doch so groß, daß wir ihre weitere Berücksichtigung nicht unterdrücken können. Wir hatten mit der Zeitung eine Auseinandersetzung wegen des alten katholischen Pfarrers Dobhoff in Paderborn, der sich in den beiden letzten Jahresheften seines Vedens sehr intensiv und sehr wohlwollend mit dem Marxismus beschäftigt hatte. Nun ist es Tatsache, daß mit dem Heften Dobhoff August Bebel einmal sehr heftig gekritisiert und dabei von der „Unvereinbarkeit“ des Christentums mit dem Sozialismus gesprochen hatte. Nun müßten wir uns also, so legt über die „Saarbrücker Zeitung“, zwischen Dobhoff und Bebel entscheiden. Keiner der beiden Polemiker hat keine Ahnung davon, daß die Polemik zwischen Bebel und Dobhoff zu einer Zeit erfolgte, als er und wir überhaupt noch nicht auf der Welt waren, nämlich in den 70er Jahren! Später hat August Bebel die hitzige Auseinandersetzung ebenfalls mit recht der alte Dobhoff, der in seinen späteren Schriften so gut wie alles zurückgenommen hatte, was er als ganz junger eiferer Kaplan gegen Sozialismus und Marxismus geschrieben. Wir haben also nicht zwischen den beiden Doren Dobhoff und Bebel zu entscheiden, sondern zwischen einem böch ehrenwerten Katholiken und einem Vorkämpfer, der das Ahrdenrecht und Gottes Wort durch seine Zustimmung zu Nord und Menschenunwürdigung lähert. Die Entscheidung ist nicht schwer. Denn dieser Mann, der sich wohlwollig in Polemiken einläßt, ist in der „Saarbrücker Zeitung“.

Literatur

Europa-Gesetz vereinigt mit Kultur. Soeben ist Nr. 26 der beiden jetzt vereinigten Zeitschriften erschienen. Sie bringt u. a. folgende Artikel: Spanien. Bild Zolman; Der Vater des Volkswillens. Karl Scherz; Die Wahrheit an der Saar. Adam Reuiller; Deutschland bekommt Reparationen. Paul Keri; Theorie des Volkswillens. Aron; Bericht. Rede an die Arbeiter von Tawos. Heinrich Deime; Der Gledendige. Wapen an der Jagd. — Gombos in Polen. — Rumänien schwanzt. — Der Goldfisch. — Gorbels erobert die Juden. — Hochkapellau. — Schienfeste und Sekretäre. Verlag und Redaktion: Prag 2, Vredopova 34.

Werbt für die „Deutsche Freiheit“!

Für den Gesamtabdruck verantwortlich: Johann Vitz in Duderstadt; für Inserate: Otto Kubn in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkswillens GmbH, Saarbrücken 4, Schillerstraße 5. — Schließfach 776 Saarbrücken.